

E&W

Erziehung & Wissenschaft 10/2015
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Digitale Bildung

Auf den „Mehrwert“ kommt es an

KERSTIN MAYRBERGER



Foto: privat

Raus aus der „Komfortzone“

Charakteristisch für die Debatte über digitale Medien in der Bildung ist, dass sie gleichermaßen teils euphorisch, teils kritisch geführt wird. Die Chancen, Lehre und Unterricht über den Einsatz von Tablets, Laptops und Smartphones ganz anders zu gestalten, werden nicht selten von der Angst überschattet, Lernende und Studierende könnten die Kontrolle über Lernprozesse übernehmen oder sich durch Reize und Vielfalt der Netzwelt zu sehr ablenken lassen. Im Zentrum der Diskussion sollte stattdessen aber die Frage stehen, wie man digitale Medien sinnvoll in Lehr- und Lernprozesse integrieren kann – und welchen Wert sie für eine zukunftsorientierte Unterrichts- und Lehrentwicklung tatsächlich haben.

Wer ein Lernumfeld gestalten will, das sich an aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientiert und Lernende in den Mittelpunkt didaktischer und methodischer Überlegungen stellt, weiß, dass zeitgemäße Bildungsprozesse heute nicht mehr ohne (digitale) Medien stattfinden. Denn sie sind bereits Teil des Alltags, vor allem junger Menschen – oder prägnanter ausgedrückt: keine Bildung ohne Medien.

Technologischer Fortschritt und gesellschaftlicher Wandel gehen in allen Bereichen mit der Aufgabe einher, sich kontinuierlich mit veränderten Rahmenbedingungen des jeweiligen Arbeitsumfeldes auseinanderzusetzen und sich weiterzuentwickeln. Für die Bildung heißt das: Die Digitalisierung erfordert fortlaufend, die eigene „Komfortzone“ zu verlassen – sowohl Lernende und Lehrende als auch Bildungsinstitutionen und -organisationen.

Über lange Jahre ist der Anspruch gewachsen, dass fachliche und fachübergreifende Lernangebote in jeder Form auf das Leben von morgen und das Unbekannte von übermorgen vorbereiten sollen. Das bedeutet: Lernende wie Lehrende zu befähigen, gesellschaftlich verantwortlich zu handeln. Schlagwörter wie „Problemorientierung“, „Projektarbeit“, „Interdisziplinarität“ und „kritisches Denken“ stehen derzeit für diese Herausforderung, vor der Schulen und Hochschulen stehen. Digitale Medien dürfen nicht ausschließlich nur als Ergänzung im Unterricht gelten. Sie haben auch einen eigenen didaktischen Stellenwert im Bildungsprozess. Denn sie schaffen die Voraussetzung für die notwendigen wie erweiterten Möglichkeiten zur Kommunikation, zum Austausch und zur globalen Vernetzung. Eine selbstverständliche und sinnvolle Integration digitaler Medien in Lehre und Unterricht gelingt allerdings eher, wenn Bildungspolitik ein stimmiges strategisches Gesamtkonzept vorlegt, das sowohl die medienpädagogische (und -technische) Qualifizierung Lehrender als auch die Förderung von Medienkompetenz Lernender mit einschließt.

Exemplarisch sei auf das Thema „Open Education“ und die damit verknüpfte Auseinandersetzung um freie Bildungsressourcen („Open Educational Resources“ – OER, s. E&W 7-8/2015) hingewiesen. Aus (medien-)didaktischer Sicht macht OER in Schulen und Hochschulen sehr deutlich, dass die Bildungsinstitutionen und ihre Akteure andere veränderte Strategien brauchen, damit sie im Lern- und Lehr-Alltag handlungsfähig bleiben.

Also noch einmal: Raus aus der „Komfortzone“. Die vernetzte, digitale Gesellschaft erfordert es immer wieder neu: Lernende, von denen mehr Engagement und Selbstverantwortung verlangt wird; Lehrende, die ihre bisherigen Lehrkonzepte überdenken und mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Anforderungen und Lernende anpassen müssen. Digitale Medien können dabei Indikator und Katalysator für den Prozess der Lehrentwicklung in Schule und Hochschule sein. Die größte Herausforderung und zugleich Chance liegt darin, durch kritische Reflexion den digitalen Wandel im Bildungsbereich – und zwar gemeinsam mit den Lernenden – souverän mitzugestalten.

Kerstin Mayrberger,
Professorin für Mediendidaktik, Universität Hamburg

Inhalt



Gastkommentar
Raus aus der „Komfortzone“ Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: „Digitale Bildung“
1. Unterricht: „Lehrkräfte werden Navigatoren“ Seite 6
2. Blick in die Praxis: Diagnose: ausbaufähig Seite 10
3. Interview mit Stefan Aufenanger: Auf den „Mehrwert“ kommt es an Seite 14
4. Milliardenmarkt: Einfallstor für Microsoft, Apple und Co. Seite 16
5. Interview mit Birgit Eickelmann: Mäßiges Zeugnis Seite 19
6. Grundschulen: Computerführerschein für ABC-Schützen Seite 20
7. GEW-Kommentar: Die Zukunft auf dem Schirm Seite 22

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren ab Seite 23

Bildungspolitik
DDS-Schwerpunkt: Die heimliche Macht der OECD Seite 27

Gesellschaftspolitik
Perspektive: „Entkoppelte Jugendliche“ Seite 28

Beamtenpolitik
Niedersachsen: Ende der Willkür Seite 31

Lehrkräftearbeitsmarkt
Lehrermangel: Neues Schuljahr, altes Übel Seite 32

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
1. „Teachers on the Road“: Mehr als Sprache Seite 34
2. Praxisprojekt an der Goethe-Uni: Voneinander lernen Seite 35

Schule
1. FES-Tagung: Schule im Wandel Seite 36
2. Gesamtschule Barmen: „Man muss vertrauen können“ Seite 37

Hochschule
Wohnungsnot: Kein Zimmer frei?! Seite 40

Medien
Dokumentarfilm „He named me Malala“: Unheimliche Strahlkraft Seite 42

Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst
Interview mit Werner Thole: „Den Rücken stärken“ Seite 43

Internationales
Deutsche Schule Istanbul: Verdacht auf Untreue Seite 44

Leserforum Seite 46

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann/Foto: Alexander Paul Englert

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 67. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Chaos bei Studienplatzvergabe

Mehr Kooperation statt Vergabe-Chaos (s. DIESMAL, S. 48): Angesichts Tausender unbesetzter Studienplätze in begehrten Fächer hat die GEW Hochschulen und Politik zu einer Kursänderung aufgerufen. Das computergestützte Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV) funktioniere allein deshalb nicht, weil nur ein Bruchteil der Universitäten sich daran beteilige, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Die Hochschulen müssen verpflichtet werden, dort mitzumachen. Das könnte auch der Bund tun, aber er nutzt seine Gesetzgebungskompetenz nicht." Kürzlich war bekanntgeworden, dass mindestens rund 15 000 Bachelor- und Master-Studienplätze, für die ein Numerus clausus (NC) gilt, auch gegen Ende des Wintersemesters unbesetzt waren. Das Serviceverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung hatte 2008 die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) abgelöst. Es sei ein Fehler gewesen, so Keller, das zentrale Verfahren in Fächern abzuschaffen, in denen es einen Studienplatzmangel gibt, und keinen Ersatz zu haben.



Foto: Alexander Paul Englert

Computer-Studie: „Qualität statt Quantität"

Mehr Zeit am Computer bringe Jugendlichen nicht unbedingt auch mehr Lernkompetenz. Zu diesem Ergebnis kommt die PISA-Studie zu digitalen Kompetenzen „Students, Computers and Learning"*. Die OECD hat in 31 Ländern Daten erhoben. „Bei der digitalen Bildung geht es um Qualität statt Quantität", so Eric Charbonnier von der OECD-Bildungsabteilung zu den Mitte September veröffentlichten Schulleistungstest-Ergebnissen. Für Deutschland und die Schweiz liegen nur eingeschränkt Daten vor, da die beiden Länder nicht an der Erhebung teilgenommen haben, teilte das Berliner Büro der OECD mit. Entscheidend sei, so Charbonnier gegenüber dpa, dass die Schülerinnen und Schüler wichtige von unwichtigen Informationen im Netz unterscheiden und die Glaubwürdigkeit einer Quelle einschätzen könnten. Lernerfolg und Nutzungsdauer stünden dabei im umgekehrten Verhältnis zueinander: Je moderater und zielgerichteter die digitale Technologie genutzt werde, desto größer sei der schulische Erfolg (s. Schwerpunkt S. 6 ff.).

***www.oecd.org/berlin/publikationen/students-computers-and-learning.htm**

Tausende zusätzliche Lehrerstellen nötig

Die Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass allein in diesem Jahr rund 300 000 schulpflichtige Flüchtlinge nach Deutschland kommen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Die GEW fordert von den Ländern deshalb mehr Neueinstellungen von Lehrkräften als geplant (s. S. 32 f.). „Schon wenn 200 000 Schülerinnen und Schüler kommen und wir alle qualifizieren wollen, brauchen wir etwa 16 000 zusätzliche Lehrerstellen", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe gegenüber der „Welt". Mit Blick auf die Haushaltsberatungen im Bundestag hat die GEW zudem einen umfassenden Zugang Asylsuchender zu Bildung sowie Soforthilfen zur Unterstützung der Fachkräfte und Bildungseinrichtungen angemahnt. Tepe: „Unsere Bildungseinrichtungen müssen zügig fitgemacht werden, um auf Dauer mehr Menschen aufnehmen zu können. Wir brauchen mehr qualifizierte Fachkräfte, die mit den spezifischen Herausforderungen unterschiedlicher Herkunft und Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen professionell umgehen können. Die ehrenamtliche Unterstützung ist nur eine Übergangslösung." Tepe schlug mehrere konkrete Maßnahmen vor, u. a. ein Förderprogramm des Bundes für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ), „Crashkurse" für ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen, eine durchgängige Sprachförderung in allen Fächern als Bestandteil der Lehramtsstudiengänge sowie eine Ausweitung des Sprachprogramms für Kitas.

„Überholungsbedürftig"

Das grundsätzlich erfolgreiche Instrument der Integrationskurse ist nach zehn Jahren „überholungsbedürftig". Darauf hat die maßgeblich von der GEW initiierte „konzertierte Aktion Integrationskurse" an die 631 Abgeordneten des Bundestages in einem Eckpunktepapier hingewiesen. Dringenden Handlungsbedarf gebe es auch wegen der steigenden Zahl Asylsuchender. Gleichzeitig habe die unzureichende Förderung aus dem Etat des Bundesinnenministeriums dazu geführt, dass sich Tausende Honorarlehrkräfte in prekären Lebenssituationen befinden. Die hohen Anforderungen an Qualifikation und Leistung der Dozentinnen und Dozenten stünden im Widerspruch zu deren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen und Honoraren, betonte das Bündnis. Die Träger benötigten zudem Planungssicherheit für mehrere Jahre, um die steigende Nachfrage nach Integrationskursen schnell umzusetzen und den Lehrkräften adäquate Arbeitsbedingungen anzubieten. Dafür müssten Bund und Länder die notwendigen Finanzmittel bereitstellen.

***Weitere Infos auf der GEW-Website unter www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/10-jahre-integrationskursverordnung-tagung-von-gew-dvv-und-bbb-am-17-juni-2015**

Beitragsanpassung

Da die Renten in Ost und West gestiegen sind, werden auch die Mitgliedsbeiträge der Rentnerinnen und Rentner um den gleichen Prozentsatz angehoben: im Osten um 2,5 Prozent, im Westen um 3,1 Prozent. P.G.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier Kino-Gutscheine.*

Prämie des Monats Oktober:

Kino-Gutscheine

Vier Freitickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Oktober 2015/Kino-Gutscheine



Digitale Medien bestimmen den Alltag Heranwachsender. Analoge und digitale Lebenswelten im Unterricht zusammenzubringen, kann eine Chance sein, Lernprozesse neu zu gestalten. Und – der Umgang mit Tablets, Smartphones & Co. kann Spaß machen, wie hier den Achtklässlern der Freiherr-vom-Stein-Schule in Frankfurt am Main.

Fotos: Alexander Paul Englert

„Lehrkräfte werden Navigatoren“

// **Digitale Medien im Unterricht – nicht überall selbstverständlich. Dort, wo Schulen Whiteboard, Tablet & Co. einsetzen, sorgen sie zwar für Abwechslung im Klassenzimmer. Doch die Lernprozesse verändern sich damit nicht automatisch.** //

Zu Beginn der Stunde öffnet Mathelehrer Dietmar Blume an der Frankfurter Freiherr-vom-Stein-Schule seine braune Ledertasche, holt sein Tablet – den tragbaren Kleincomputer – heraus. Der Gymnasiallehrer erklärt der 8. Klasse, was in der Stunde ansteht: Strahlensatz. Nebenbei klappt er seinen portablen Computer auf, wischt mit dem Zeigefinger übers Display. Auf der Wand erscheint das Foto des Schattens eines Menschen in der Wüste. Blume greift zur Kreide, schreibt die Aufgabe an die Tafel: „Wie lang ist dieser Schatten?“ Die Schülerinnen und Schüler kritzeln Skizzen in ihre Ringbücher. Als ein Mädchen in der zweiten Reihe fertig ist, nimmt es das Lehrer-Tablet, ein Fingertipp – und schwupp, im selben Moment blitzt ein Foto ihrer Bleistiftzeichnung vorne auf. Mit Daumen und Zeigefinger zoomt die Schülerin ihr Ergebnis näher heran.

„Durch den Einsatz neuer Medien eröffnen sich andere Möglichkeiten für den Unterricht“, betont Blume. „Und vieles geht schneller.“ Lange Formeln muss er nicht mehr mühselig anschreiben, die Mädchen und Jungen können ihre Ergebnisse vom Platz aus präsentieren. Anderes Beispiel: Der Lehrer gibt als Hausaufgabe auf, sich auf YouTube einen Film zu einem bestimmten Thema anzusehen, im Unterricht bespricht er nur Fragen. Blume spart sich so die Zeit, in der Stunde alles lang und breit erklären zu müssen. Die Jugendlichen dürfen gelegentlich auch ihre privaten Handys auspacken, um etwas nachzurecherchieren. Zwei, drei Schüler hätten kein eigenes Smartphone, gibt der Pädagoge zu. Er sei sich des Risikos bewusst, dass sie deshalb „abgehängt“ werden könnten. Damit das nicht passiert, verfügt er über zwei weitere Tablets zum Ausleihen.

Der 45-Jährige hat großen Spaß am Umgang mit digitalen Medien. Seine Klasse auch. „Der Unterricht ist interessanter, viel abwechslungsreicher“, meint Finn, 14. Alle Klassenräume des Gymnasiums wurden im Zuge des Neubaus mit Whiteboards* ausgestattet, die die Stadt finanziert hat. Doch nur einige Lehrkräfte nutzten digitale Medien im Unterricht, erzählt der Junge, „eher die jüngeren“. Dabei finden die Jugendlichen es „richtig gut“, wenn Blume in der Stunde Tablets & Co. einsetzt. Finns Mitschülerin Stella betont: „Es ist cool, mal was anderes.“ Mehr Lust am Lernen also? Das Mädchen schüttelt den Kopf: Mit der Zeit sei das auch nichts Besonderes mehr. „Und es ändert nichts daran, dass Freitagmorgen ist, wir müde sind und Mathe haben.“

„Es soll sinnvoll sein“

Es sei auch gar nicht sein primäres Ziel, die Jugendlichen auf diese Weise stärker zu motivieren, sagt Blume. „Der Einsatz von Tablets & Co. soll sinnvoll sein.“ Es gibt Unterrichtsstunden, in denen er nach wie vor nur mit Tafel und Buch arbeitet. Digitale Medien seien ein Werkzeug, „mehr nicht“. Der stellvertretende Schulleiter, Frank Becker, stimmt zu, dass es sich nur um „Beiwerk“ handele.

Seine Schule nutze diese technischen Möglichkeiten, weil sie vorhanden sind. Grundsätzlich werde damit der Unterricht aber nicht automatisch besser. „Kern der Schule sind nicht die Medien, sondern die Menschen“, unterstreicht Becker. Seiner Meinung nach ist es Aufgabe der Lehrkräfte, den Schülerinnen und Schülern einen „sorgsamen Umgang“ mit digitalen Medien zu vermitteln. Zum Beispiel, dass es nichts mit der Qualität einer Sache zu tun habe, wenn ein Suchergebnis bei Google ganz oben auftaucht. Oder, dass Quellen immer sorgfältig geprüft werden müssten. Hinzu komme: In den Klassen könnten zwar alle per WhatsApp kommunizieren, Fotos hochladen oder Filme auf YouTube angucken, doch „wie sie Texte formatieren, Tabellenkalkulationen anfertigen oder gute Powerpoint-Präsentationen erstellen können, bringen wir ihnen bei“.

Der Medienpädagoge Martin Riemer von der Berliner Hausburgschule ist der Auffassung, dass die Risiken des Internets schon in der Grundschule thematisiert werden sollten: „Je früher, desto besser.“ (s. Interview S. 14 f.) Egal, ob es um Datenschutz, Persönlichkeitsrechte oder Cybermobbing (s. E&W-Schwerpunkt 5/2015) gehe: Digitale Medien



„Durch den Einsatz neuer Medien eröffnen sich auch andere Möglichkeiten für den Unterricht“, betont Dietmar Blume, Mathelehrer an der Frankfurter Freiherr-vom-Stein-Schule: „Und vieles geht schneller.“

bestimmten die Lebenswirklichkeit Heranwachsender. Nach Riemers Schätzung besitzt schon die Hälfte der Fünft- und Sechstklässler ein eigenes Gerät. Deshalb sei es wichtig, analoge und digitale Lebenswelten zusammenzubringen. Das setzt der Medienpädagoge in die Tat um – und lässt die Grundschulkinder z. B. einen Schulblog verfassen, E-Books erstellen oder mit dem Tablet über den Schulhof spazieren und festhalten, was sie dort sehen. Die Kinder schreiben dann Texte, führen Interviews, machen Fotos oder Videos. „Man kommt sehr schnell zu Ergebnissen“, meint Riemer. Und: „Es macht Spaß.“

Das bestätigt auch Lehrerin Anke André von der Frankfurter Ludwig-Börne-Schule, einer Haupt- und Realschule, und nennt ein Beispiel: Wenn die Jugendlichen ein Fremdwort nicht kennen, gebe es zwei Möglichkeiten: ein Wörterbuch zu wälzen oder im Netz zu googeln. Dürften sie die Smartphones aus den Taschen holen, sei der Spaßfaktor weitaus größer, berichtet die Deutsch- und Englischlehrerin. Außerdem leite sie die Jugendlichen auf diese Weise an, „fit für den Beruf“ zu werden. Eher unwahrscheinlich sei hingegen, dass diese zu Hause ein Lexikon aus dem Regal holen, um etwas nachzuschlagen. Im Unterricht lernten sie, bei der Internetrecherche gründlich und genau zu sein. Außerdem: Neunt- und Zehntklässler seien auf dem Weg zum Beruf, ins Erwachsenenleben. „Da gehört Medienkompetenz unbedingt dazu.“

Technik hat Tücken

Als ihre Schule in ein neues Gebäude zog, wurde dort in jedem Klassenzimmer ein Whiteboard installiert. André sieht darin eine „absolute Bereicherung“ für ihren Unterricht. Plötzlich sei mit einem Klick viel mehr Spontaneität möglich. Zum Beispiel könne die Klasse schnell mal nachsehen, wo Hawaii auf der Landkarte liegt, die Insel näher heran zoomen – und den Strand betrachten.

Doch die Technik im Klassenzimmer hat auch ihre Tücken. Die Lehrerin bemängelt, dass das Whiteboard öfter mal „hängt“. Kürzlich wollte sie Fotos von der Klassenfahrt zeigen, doch die Seite blieb weiß. Es stellte sich heraus: Die Software war veraltet. Es sei nicht immer Verlass darauf, dass alles reibungslos funktioniert. In solchen Momenten vermisst André die klassische Tafel, die im Zuge der Schulmodernisierung aus allen Klassenzimmern verschwand.

Lehrer Blume benutzt das interaktive Whiteboard dagegen so gut wie nie. „Das riskiere ich nicht“, sagt der Mathelehrer. Er habe nicht die Zeit, vorher alles auszuprobieren oder einen Techniker zu holen. Er glaubt: „Das ist ein Auslaufmodell.“ Der Pädagoge arbeitet lieber mit dem Tablet. Doch ganze Klassen damit auszustatten, wie es einige Schulen tun, sei sinnlos. Blume hält das für „rausgeschmissenes Geld“, 200 Geräte zu kaufen, die in drei Jahren wieder veraltet seien. Der Vorsitzende der AG Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM), Wolfgang Antritter, weist darauf hin, dass die Kommunen selten die Kosten übernähmen, um Tablets anzuschaffen. Häufig müssten sich die Eltern daran beteiligen. „Damit entsteht eine Kluft zwischen denen, die es sich leisten können, und denen, die es nicht können“, gibt Antritter zu bedenken.



Foto: Alexander Paul Englert

Anke André, Lehrerin an der Frankfurter Ludwig-Börne-Schule, setzt Whiteboard und Smartphones im Englischunterricht ein. Ein Beispiel: Wenn die Jugendlichen ein Fremdwort nicht kennen, gibt es zwei Möglichkeiten: ein Wörterbuch zu wälzen oder im Netz zu googeln. Dürfen sie die Smartphones rausholen, ist der „Spaßfaktor“ weitaus größer.

Blume ist überzeugt, dass sich langfristig die Idee von „Bring Your Own Device“ durchsetzen werde. Sprich: Dass die Jugendlichen ihre privaten Geräte im Unterricht verwenden. Der Pädagoge merkt in dem Zusammenhang an, dass die Software für eine kabellose Übertragung aller Betriebssysteme noch fehle. Außerdem gebe es an seiner Schule noch keinen offenen W-LAN-Anschluss, den alle nutzen können. Doch er glaubt: „Das kommt ganz sicher.“

Medienpädagoge Antritter sorgt sich eher darum, dass Schulen Smartphones weniger als Chance, „sondern eher als Bedrohung“ wahrnehmen. Lehrkräfte warnten oft vor den Gefahren sozialer Netzwerke, Handys müssten im Unterricht ausgeschaltet bleiben. Der Gewerkschafter vermutet, dass nur wenige Pädagoginnen und Pädagogen digitale Medien im Unterricht einsetzten. „Das ist noch nicht in der Breite angekommen“, so Antritter. In der Schule seien aktuell so viele andere „Baustellen“ zu bearbeiten. Da sei es für Kollegien nicht einfach, sich auf neue Lernmittel einzulassen. Außerdem hapere es häufig an Investitionen in die Technik und Fortbildung der Lehrkräfte. Trotzdem ist der GEWler überzeugt: „Digitales Lernen lässt sich nicht aufhalten.“ Allerdings betont er auch, dass neue Medien „kein Allheilmittel“ seien. Whiteboards seien an Schulen zwar gerade „der letzte Schrei“, doch meistens werde damit weiterhin Frontalunterricht abgehalten.

Und der Medienpädagoge Franz Josef Röll hält es für eine „fatale Crux“ zu glauben, dass sich alleine durch den Einsatz von IT-Geräten neue Lernprozesse entwickelten. „Dadurch verändert sich nichts.“ Das Bildungssystem entspreche immer noch dem des Industriezeitalters, bemängelt der Wissenschaftler. Alles laufe im Unterricht weiterhin oft nach dem „Fließbandprinzip“ ab. Dabei hätten sich die Anforderungen längst verändert: Die Gesellschaft benötige Menschen, die in der Lage sind, prozessorientiert und flexibel zu reagieren, erklärt Röll. Schule brauche daher eine neue Lernkultur: Es gelte, sich zu vernetzen, neue Fragestellungen zu entwickeln, verschiedene Quellen zu nutzen und Positionen herauszuarbeiten. Lehrkräfte seien im digitalen Zeitalter nicht mehr diejenigen, die Wissen vermitteln, betont der Medienpädagoge. Ihre Aufgabe sei vielmehr, die Bedingungen für „selbstgesteuertes Lernen“ zu schaffen. Mit anderen Worten: „Lehrkräfte werden zu Navigatoren.“

„Coach-Rolle“

Durch das Internet seien Informationen überall und schnell abzurufen, pflichtet Lehrer Felix Schaumburg von der Gesamtschule Uellendahl-Katernberg in Wuppertal bei. Die Schule als „Ort des Wissens“ ist auch für ihn „obsolet“ geworden. „Wenn wir als Bildungsinstitution bestehen wollen, müssen wir uns an die digitale Welt anpassen.“ Seine Schule habe sich entschieden, auf Computerräume zu verzichten und ihren Medienetat stattdessen in Tablets und gutes W-Lan zu investieren. Die Lehrkräfte können sich die Tablet-Koffer mit dem Equipment ausleihen, insgesamt gibt es 80 Geräte für 250 Kinder.

In Mathe komme er oft ohne Tablet aus, berichtet Schaumburg. Die curricularen Vorgaben seien sehr starr, dafür seien Lehrbücher gut geeignet. Anders in Gesellschaftslehre: In dem Fach sei mehr Platz für individuelles Lernen. Hier nutzt der Lehrer die Geräte fast immer. Er gibt ein Thema vor, lässt den Schülerinnen und Schülern aber freie Hand, wie sie es anpacken. Das Ergebnis: Der eine erstellt eine Audioaufnahme mit seinem Handy, der andere dreht ein Video und schneidet einen Film – ein dritter nimmt nur einen Block mit und bastelt ein Plakat. „Im Vordergrund steht der Inhalt, nicht das Medium.“ Schaumburgs Erfahrung: Wenn man die Interessen der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, stärke das deren Motivation. Außerdem bleibe durch solche Projektphasen mehr Zeit für persönliche Gespräche, sagt der Pädagoge. Und: Statt „vorne“ den Takt vorzugeben, sei es viel besser, in die „Rolle des Coaches“ zu schlüpfen.

In der Wuppertaler Gesamtschule lernen die Mädchen und Jungen in einem eigenen Fach, mit digitalen Medien zu arbeiten. In der 5. und 6. Klasse erwerben sie zunächst Basiskompetenzen, sodass sie das Tablet ab der 7. Klasse auch im Fachunterricht nutzen können. So gebe es nicht das Problem, dass die Fachlehrkräfte nebenbei noch den Umgang mit der Technik vermitteln müssen. Zumal nicht alle Kolleginnen und Kollegen „technisch fit“ seien, fügt Schaumburg hinzu.

Lehrer Blume hat sich die technischen Kompetenzen in seiner Freizeit selbst erarbeitet und Fortbildungen besucht. Für ihn hat es sich gelohnt. „Weil der Einsatz der IT-Technik im Unterricht viele Vorteile bringt“, sagt Blume. „Und ich dadurch zufriedener bin.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Ein interaktives Whiteboard ist eine digitale Tafel, die mit einem Rechner und einem Beamer verbunden ist. Smartboard oder ActivBoard sind die Produktnamen verschiedener Hersteller.**

Whiteboards & Co. im Klassenzimmer

In einer aktuellen Studie vom Februar hat der Unternehmerverband Bitkom bundesweit jeweils mehr als 500 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte befragt, wie es mit dem Einsatz digitaler Medien an ihren Schulen aussieht. Das Ergebnis:

- Sechs von zehn Schulen verfügen über Whiteboards. Tablets werden deutlich seltener eingesetzt (18 Prozent).
- Nur jede bzw. jeder dritte Schülerin bzw. Schüler gibt an, dass Whiteboards oder Computer täglich im Unterricht genutzt werden.
- Viele Lehrkräfte (66 Prozent) und Schüler (58 Prozent) bringen private Geräte für den Unterricht in die Schule mit. K.H.

Die Studie finden Sie im Netz unter: www.bitkom.org/Publikationen/2015/Studien/Digitale-SchulevernetztesLernen/BITKOM-Studie_Digitale_Schule_2015.pdf

Diagnose: ausbaufähig

// Schulen haben beim Einsatz digitaler Medien im Unterricht Nachholbedarf. Es fehlt vor allem an verbindlichen Standards und einer ausreichenden Finanzierung. Ein Blick in die Praxis zeigt jedoch: Computer und Internet können das Lernen bereichern. //

PC, Tablet, Smartphone – digitale Medien sind aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Laut einer im Juni dieses Jahres veröffentlichten Studie des Bundesfamilienministeriums* sind 55 Prozent der Achtjährigen regelmäßig online, von den Sechsjährigen sind es 28 Prozent und bei den Dreijährigen ist es immerhin gut jedes zehnte Kind (elf Prozent). Damit ihre Kinder PC, Tablet oder Notebook nicht nur zum Spielen nutzen, wünschen sich laut einer aktuellen Umfrage von TNS-Infratest** 60 Prozent der Eltern den verstärkten Einsatz digitaler Medien im Unterricht.

Auf diese Herausforderung sind die Schulen in Deutschland unterschiedlich gut vorbereitet. Die meisten Einrichtungen sind mittlerweile mit Computerarbeitsräumen und Internetzugang ausgestattet. Doch während die Bundesrepublik laut der 2014 veröffentlichten Bildungsstudie ICILS (International Computer and Information Literacy Study***) mit Blick auf die Ausstattung im internationalen Vergleich im Mittelfeld liegt (s. Interview S. 19 f.), hinken die Schulen, was den Einsatz digitaler Medien betrifft, hinterher. So sind nur zwei Drittel der befragten Lehrerinnen und Lehrer laut ICILS in der Lage, einen Unterricht mit Computer und Tablet zu gestalten. Problematisch sei vor allem die fehlende „Verankerung digitaler Medien in einem einheitlichen Rahmenplan, der von allen Schulen in die eigenen Schulprogramme zu integrieren ist“, kritisiert die Studie.

Wenn es um den Gebrauch digitaler Medien im Unterricht geht, befinden sich deutsche Schulen gewissermaßen immer noch in der „Beta-Phase“, also im Testmodus. Beispiel Sachsen-Anhalt. Hier startete 2009 der Modellversuch KALSA (Kompetenzorientiertes Arbeiten mit Lernplattformen in Sachsen-Anhalt). 37 Schulen beteiligten sich an dem Projekt. 2012 hat das Kultusministerium den Versuch gestoppt und 2013 durch die Lernplattform Moodle@Schule**** ersetzt. Zurzeit sind landesweit 60 der insgesamt knapp 900 allgemeinbildenden Schulen in das Projekt integriert, überwiegend Sekundar- und Berufsbildende Schulen.

„Lernplattform bereichert“

Eine dieser Schulen ist die Paul-Maar-Grundschule in Raßnitz. Für Leiterin Solvejg Mettin ist die Plattform ein „wichtiges Lerninstrument“, denn sie fördere „selbstgesteuertes Lernen“. Jeweils ein Erst- und ein Zweitklässler arbeiten im jahrgangsgemischten Unterricht gemeinsam an einem Laptop. Die Schülerinnen und Schüler können die Tests, die auf der Plattform eingestellt sind,



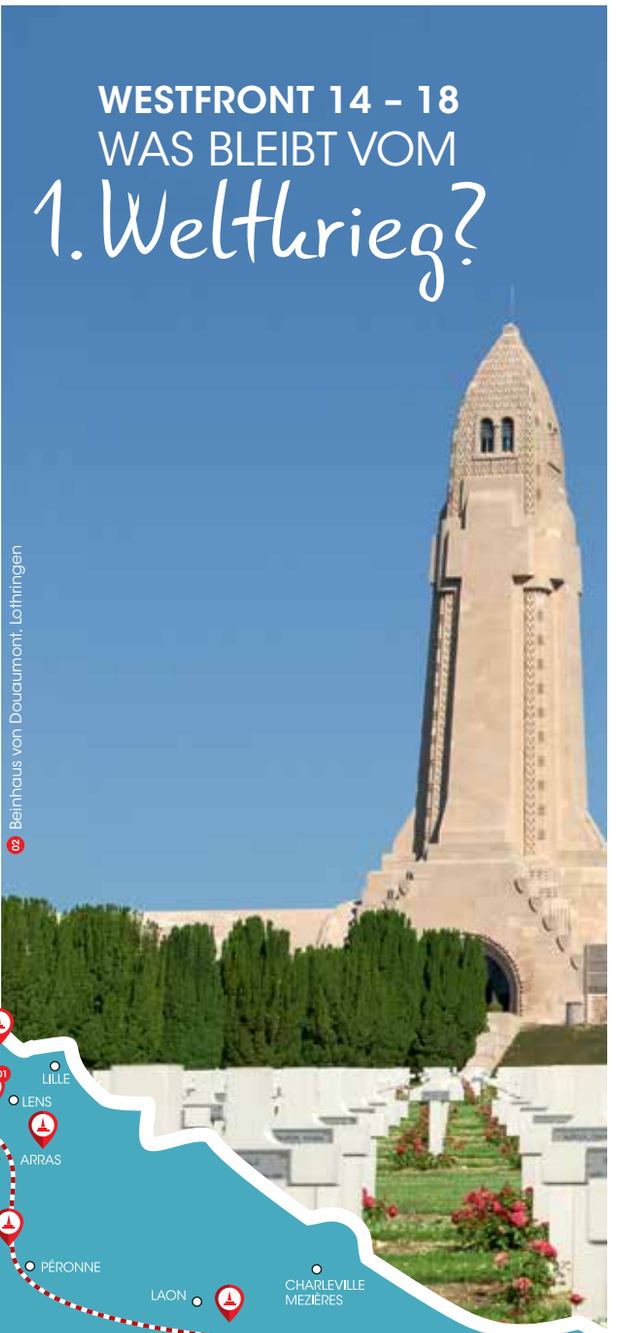
Foto: dpa

Laut einer aktuellen Umfrage von TNS-Infratest wünschen sich 60 Prozent der Eltern den verstärkten Einsatz digitaler Medien im Unterricht. Auf diese Herausforderung sind die Schulen in Deutschland unterschiedlich vorbereitet.

WESTFRONT 14 – 18
WAS BLEIBT VOM 1. Weltkrieg?



01 Ring der Erinnerung Notre-Dame-de-Lorette, Pas-de-Calais Nordfrankreich



02 Beinhaus von Douaumont, Lothringen



03 Der Hartmannswillerkopf - Vogesenfront, Elsass



Lehrmaterial zur Vorbereitung Ihrer Kurse & **Informationen** zur Planung Ihrer Klassenfahrten finden Sie unter:
www.rendezvousenfrance.com

rendezvousenfrance.com

WESTFRONT 14-18
ihre Geschichte wird zu unserer Geschichte

Bild links: © J. Pouille | Hauptbild: © G. Ramon | Bild rechts: © JL Delpal

lesen oder hören. Anschließend bearbeiten sie die Aufgaben der Lehrkräfte. Auch zu Hause können die Kinder die Plattform nutzen. Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)**** stellt diese bereit, der Schulträger übernimmt die technische Ausstattung, die Schulleiterin die Administration.

„Die Lernplattform bereichert das herkömmliche Lernen“, erläutert Mettin. Besonders gut sei sie in der ersten Klasse einzusetzen, da durch Hörtexte der oft lehrerzentrierte Unterricht überflüssig werde. „Schulbücher gibt es nach wie vor“, sagt die Schulleiterin. Denn nicht für jedes Kind gebe es ein digitales IT-Gerät. Derzeit verfügt die Schule über 16 Notebooks und 16 Tablets für 116 Kinder.

Einen beschwerlichen Weg ins digitale Zeitalter gehen auch die Lehrkräfte an der Waldschule im niedersächsischen Hatten. Andreas Hofmann unterrichtet an der Realschule mit 700 Schülerinnen und Schülern in der Kleinstadt im Landkreis Oldenburg Informatik. Vor sechs Jahren hatte die Schule auf seine Initiative hin die erste Notebook-Klasse eingerichtet, vor drei Jahren zusätzlich Tablets angeschafft. Ziel war es, nach und nach alle Klassen mit internetfähigen Geräten auszurüsten. Nachdem die Mädchen und Jungen der ersten Notebook-Klassen die Schule abgeschlossen hatten, geriet der weitere Ausbau ins Stocken. Gab es vorletztes Jahr noch fünf Computer-Klassen, davon drei mit Tablets ausgestattet, lernt im Schuljahr 2015/16 nur eine Klasse mit Tablet bzw. Notebook.

Geld fehlt

Hofmann glaubt zu wissen, woran es in vielen Schulen hakt: „Die Ideen, wie man digitale Medien im Unterricht einsetzen kann, sind da, es fehlt aber meist an Geld und Infrastruktur.“ Konkret: Wer bezahlt die Computer, wer übernimmt die Administration und stellt die Netzanschlüsse zur Verfügung? „An vielen Schulen ist für Administration und Wartung kein Geld da“, berichtet der Pädagoge.

Die Länder finanzieren zwar Sonderprogramme und Bildungsmaßnahmen, nicht jedoch die Hardware. „Die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln ist grundsätzlich Aufgabe der Schulträger“, heißt es etwa aus dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium. Und Brandenburg verweist auf die prekäre Haushaltslage des Landes: „Eine direkte Unterstützung von Schulträgern bei der Bereitstellung von Hardware ist deshalb gegenwärtig nicht möglich.“

In Niedersachsen ist die IT-Ausstattung der Schulen ebenfalls Sache des Trägers, wie Ministeriumssprecherin Susanne Schrammar betont. Für die Waldschule Hatten bedeutet das: Informatiklehrer Hofmann muss die Administration für das IT-Netz quasi im Nebenberuf erledigen. Die Gemeinde stellt lediglich die Infrastruktur (z. B. den W-LAN-Zugang) zur Verfügung. Schon das sei für die Kommune eine Herausforderung. „Wir bräuchten dringend einen Ausbau des Glasfasernetzes, denn das bestehende Breitbandnetz hat nur begrenzte Kapazitäten“, stellt Hofmann fest, „aber der Stadt fehlen dafür die Mittel.“ Die Tablets können die Eltern über die „Mobiles Lernen gGmbH“ beziehen, aber nicht kostenlos. Je Gerät kommen inklusive Versicherung und Wartungskosten bis zu 600 Euro auf die Familien zu. Sie müssten diese Summe zwar nicht auf einmal zahlen, weil die Leasing-Gebühr monatlich abgerechnet wird. Doch für

Ausstattung mit digitalen Medien

Die Ausstattung mit digitalen Medien ist in Deutschland je nach Schulform unterschiedlich gut. Bundesweit haben nahezu 100 Prozent der Schulen Computerarbeitsplätze. Nicht gleich sind allerdings die Möglichkeiten, die IT-Geräte auch in den Klassen für den täglichen Unterricht zu nutzen.

Digitale Arbeitsplätze in Klassenräumen gibt es z. B. in Bayern in 32 Prozent der Haupt-, zwölf Prozent der Real-, 27 Prozent der Beruflichen Schulen und 16 Prozent der Gymnasien. Genaue bundesweite Vergleiche sind schwierig, denn nicht jedes Land führt eine entsprechende Statistik.

Das Kultusministerium in Niedersachsen etwa teilte auf Anfrage mit, dass es „keine aktuelle Erhebung zur IT-Ausstattung an Schulen und somit auch keine Auswertung, die nach Schulformen unterscheidet“, gebe. Auch das Kultusministerium in Sachsen-Anhalt kann keine Auskunft geben, wie groß die Computerdichte an den Schulen des Landes ist. Die Ausstattung der Schulen mit medientechnischer Infrastruktur liegt laut Ministeriumssprecher Martin Hanusch „allein in der Verantwortung der Schulträger“. J.A.

Moodle

Moodle (Modular Object-Oriented Dynamic Learning Environment) ist ein Lernmanagementsystem (LMS) auf Open-Source-Basis, das der australische Programmierer Martin Dougiamas 1999 entwickelt hat. Moodle bildet einen kompletten Schulbetrieb digital ab, das heißt auf der jeweiligen Plattform werden Schülerdaten und Unterrichtsmaterialien verwaltet und Lerneinheiten organisiert. Unter den Bedingungen der GNU General Public License ist die Lernplattform frei verfügbar. In Deutschland setzt man das System in den Schulen unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen ein. In Berlin nennt es sich beispielsweise „Lernraum Berlin“. In Sachsen-Anhalt hat man auf Basis der Lernplattform das Projekt Moodle@Schule entwickelt, in Rheinland-Pfalz Moodle@RLP.

Moodle@Schule ist eine Plattform, die digitale Werkzeuge für das Lernen in der Schule bereitstellt. Um diese zu nutzen, braucht man eine passwortgeschützte, personenbezogene Anmeldung. Gelernt wird in einem „digitalen Kursraum“. In diesem können die Schülerinnen und Schüler auf die Lernmaterialien zugreifen, die die Lehrkräfte bereitgestellt haben. Der Lehrende übernimmt die Funktion des Trainers bzw. Moderators. In der analogen Welt ausgedrückt: Die Lernplattform entspricht dem Schulgebäude, der Kursraum dem Klassenzimmer. J.A.

einkommensschwache Haushalte seien auch die rund 15 bis 20 Euro im Monat viel Geld, bemängelt der Lehrer aus Niedersachsen.

Von begrenzten finanziellen Ressourcen weiß auch Marco Schneider zu berichten. Schneider ist Informatik- und Mathematiklehrer sowie IT-Administrator am Siebenpfeiffer-Gymnasium in Kusel (Rheinland-Pfalz). „Die zeitlichen Möglichkeiten für IT-Maßnahmen beschränken sich auf die Ferien, um den Unterricht nicht auszusetzen“, beschreibt Schneider die Lage. Das Gymnasium Kusel mit seinen 930 Schülerinnen und Schülern sowie 70 Lehrkräften ist derzeit eine von 372 Schulen in Rheinland-Pfalz (das sind rund 25 Prozent aller Schulen im Land), die mit der Lernplattform Moodle@RLP (s. Kasten S. 12) arbeiten. Die Besonderheit an Schneiders Schule: Sie verwendet grundsätzlich nur lizenzfreie Software.

Hofmann ist der freie Umgang mit digitalen Medien ebenfalls wichtig. „Ich gebe in seltenen Fällen und nur bei unerfahrenen Lerngruppen noch bestimmte Apps vor“, erzählt er. Die Schülerinnen und Schüler können sich die favorisierte Anwendung eigenständig aussuchen. Wichtig, betont der IT-Experte, sei es aber, dass den Eltern dabei keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Die technische Ausstattung allein bedeute allerdings noch nicht den Aufbruch in das digitale Lernzeitalter. Beim Unterricht mit Notebook und Tablet hat Hofmann die Erfahrung gemacht, dass die Klassen selbstständiger und eigenverantwortlicher lernen. „Wir Lehrerinnen und Lehrer müssen bereit sein, uns auf den veränderten Unterricht mit den IT-Geräten einzulassen“, fordert der Pädagoge. Also darauf, sich vom Frontalunterricht zu verabschieden und interaktive Lernformen einzusetzen. „Ansonsten ist der Computer eine schickere Schreibmaschine oder ein besseres Buch, mehr nicht.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

***Die Studie „Kinder in der digitalen Welt“ hat das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet erstellt. Sie ist unter www.divsi.de/publikationen/studien abzurufen.**
****www.deutschland-vernetzt.de**
*****kw1.uni-paderborn.de/fileadmin/kw/institute-einrichtungen/erziehungswissenschaft/arbeitsbereiche/eickelmann/pdf/ICILS_2013_Berichtsband.pdf**
******www.lisa.sachsen-anhalt.de**
Weitere Links:
www.mobileslernen.eu
www.moodle.de



Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen
Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW 2 % Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Auf den „Mehrwert“

// Lehrkräfte müssten die Technik nicht perfekt beherrschen, sagt der Mainzer Medienpädagoge Stefan Aufenanger. Aber sie sollten in der Lage sein, mit digitalen Medien so umzugehen, dass sich ein „Mehrwert“ für den Unterricht ergibt. //

E&W: Wenn Sie Lehrer einer 5. Klasse wären: Wie würden Sie den Unterricht gestalten – und mit welchen Medien?

Stefan Aufenanger: Sollte an der Schule ein Handy-Verbot bestehen, würde ich zuerst versuchen, die Schulleitung davon zu überzeugen, es aufzuheben. Denn Schülerinnen und Schüler sind sowieso die ganze Zeit damit beschäftigt, das Verbot zu umgehen. Dann würde ich meine Klasse ermutigen, Smartphones zum Recherchieren einzusetzen – etwa in den Naturwissenschaften. Sie können z. B. Experimente per Video aufzeichnen. Fest steht: Digitale Medien eignen sich gut dazu, projekt- und aufgabenorientiert zu arbeiten, aber sie sind kein Garant für guten Unterricht. Deshalb sollte es klare, mit den Klassen abgesprochene Regeln geben, Smartphones oder Tablets zwar zeitweise zu benutzen, die Geräte aber auch wieder wegzulegen und mit anderen Bildungsmedien weiterzuarbeiten.

E&W: Das heißt, Lehrerinnen und Lehrer haben wie Eltern die schwierige Aufgabe, den Gebrauch digitaler Medien zu begrenzen?

Aufenanger: Ja. Wichtig ist, jungen Menschen bewusst zu machen, dass sie für ihr Handeln verantwortlich sind. Ein offener Umgang mit neuen Kommunikationstechnologien bringt langfristig mehr als Verbote.

E&W: Sie werben für den Einsatz von Tablets bereits in der Grundschule und haben auch keine Bedenken, wenn schon Dreijährige sie benutzen. Dafür hat man Sie kritisiert. Wie reagieren Ihre Lehramtsstudierenden auf solche Vorschläge?

Aufenanger: Anfangs zeige ich ihnen gerne Filme über Grundschulkinder, die bereits mit Tablets arbeiten (s. S. 20 f.). Die Reaktionen sind immer ähnlich: „Jetzt sitzen sogar schon die Kleinen vor dem Bildschirm!“ Viele können sich nicht vorstellen, dass sie mit Hilfe digitaler Tafeln, von Smartphones oder Tablets gut unterrichten können.



Foto: Uni Mainz

Stefan Aufenanger ist Professor für Erziehungswissenschaft und Medienpädagogik an der Universität Mainz. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Multimedia und Lernen, Medienethik und Mediensozialisation.

E&W: Eltern wie Pädagogen beklagen allerdings, dass Kinder und Jugendliche zu viel Zeit mit digitalen Medien verbringen und weniger Zeit für andere Dinge haben. Die Skepsis scheint berechtigt.

Aufenanger: Es geht mir nicht um eine E-Learning-Schule, sondern um ein vernünftiges Verhältnis von analogen und digitalen Medien. Das gilt übrigens auch für die Freizeit: Die KIM-Studie* des medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest von 2014 belegt, dass sich Sechs- bis Dreizehnjährige in ihrer Freizeit nicht am meisten mit Tablet oder Smartphone beschäftigten, sondern nach wie vor lieber draußen spielen und Freunde treffen.

E&W: Was müssen Lehrkräfte in der Ausbildung lernen, damit sie Bildungsprozesse digital gestalten können?

Aufenanger: Sie müssen nicht alle Geräte perfekt beherrschen. Viel wichtiger ist, dass sie digitale Medien so einsetzen können, dass diese im Unterricht einen „Mehrwert“ bringen. Dann können auch Lernprozesse besser organisiert werden. Das funktioniert beispielsweise im Physikunterricht, ist aber auch in vielen anderen Fächern möglich. Also: Tablets und Smartphones können ein Motor für Veränderungen sein. Und sie sind eine Chance, die Lernkultur zu verändern und schülerzentrierter zu arbeiten. Gleichzeitig müssen Lehrkräfte aber auch die Grenzen des Internets kennen und wissen, welche Gefahren damit verbunden sind.

E&W: Sie meinen vor allem Risiken sozialer Netzwerke?

Aufenanger: Richtig, Pädagoginnen und Pädagogen müssen sich auch mit Cybermobbing auseinandersetzen (s. E&W-Schwerpunkt 5/2015). Viele ignorieren das, weil sie sich hilflos fühlen. Nehmen wir etwa den Live Stream „YouNow“, auf dem sich Jugendliche per Webcam präsentieren: Den habe ich Studierenden gezeigt, die alle im Alter von 20 bis 25 Jahren sind. Niemand von ihnen kannte „YouNow“. Sie waren wohl schon zu alt dafür.

E&W: Vor diesem Problem stehen viele Lehrkräfte: IT-Technik und -Produkte entwickeln sich rasant weiter. Wie sollen sie da Schritt halten?

kommt es an

Aufenanger: Sie sollten sich zumindest dafür interessieren, was in der Social-Media-Welt passiert – etwa, indem sie sich ansehen, welche YouTube-Stars gerade „in“ sind und was Mädchen und Jungen daran so begeistert. Lehrende sollten soziale Netzwerke daher nicht gleich abwerten, sonst kommt mit Schülerinnen und Schülern auch kein Dialog über Chancen und Risiken zustande. Das wäre schade: Lehrkräfte bekommen möglicherweise noch vor den Eltern mit, wenn Mädchen und Jungen, die WhatsApp nutzen, in der Klasse ausgegrenzt werden.

E&W: Spielen Aspekte wie Schutz der Privatsphäre, Datenschutz oder Urheberrechte in der Lehrerbildung denn eine Rolle?

Aufenanger: Noch keine große. An der Uni Mainz, an der Medienpädagogik immerhin Pflichtbestandteil der Lehrerausbildung ist, stehen zwei Semester-Wochenstunden zur Verfügung. Das ist zu wenig. Ein Beispiel: Meine Studierenden sind alle WhatsApp-Nutzer. Wenn ich sie aber nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Chat-Dienstes frage, weiß keiner Bescheid. Ihnen ist nicht klar, dass WhatsApp erst ab dem Alter von 16 Jahren erlaubt ist. Das heißt, Lehrkräfte dürfen die Nachrichten-Website im Unterricht nicht ohne Einverständnis der Eltern gebrauchen.

E&W: Lässt sich das alles in der Lehrerausbildung vermitteln?

Aufenanger: Nein, deshalb dürfen wir Medienkompetenz nicht zu eng mit aktuellen technischen Entwicklungen verknüpfen. Wenn Studierende jetzt im dritten Semester sind, wären die erworbenen Kenntnisse längst überholt, wenn sie ins Referendariat kommen. Stattdessen sollte die Uni Grundlagen für das Lehren und Lernen mit Medien intensiver thematisieren als bisher. Auch sollte man in der Ausbildung stärker darauf eingehen, wie sich Probleme aktueller Medienentwicklungen gemeinsam mit den Heranwachsenden anpacken lassen.

E&W: Welche Rolle sollte die Medienkompetenz in der fachdidaktischen Ausbildung spielen?

Aufenanger: Eine große. Hier lernen Studierende, wie sie digitale Medien im Unterricht konkret anwenden können. Leider passiert auf diesem Gebiet noch viel zu wenig. Aber das betrifft ebenso die analogen Medien. Meist erfährt man in der Fachdidaktik auch nichts darüber, wie und an welchen Stellen ein traditionelles Schulbuch am besten einzusetzen ist, um Lernprozesse sinnvoll zu gestalten.

E&W: Wird digitale Bildung die Schule als Lernort irgendwann überflüssig machen?

Aufenanger: Nein. Schule wird immer ein wichtiger sozialer Ort bleiben. Das wollen vor allem die Schülerinnen und Schüler selbst. Sie brauchen den direkten Austausch mit ihren Freunden – trotz WhatsApp und Co.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin

***Die aktuelle „Kinder und Medien“(KIM)Studie untersucht die Nutzung und Verbreitung von Tablets, Smartphones, PCs etc. in Haushalten mit Kindern zwischen sechs und 13 Jahren. www.mpfs.de/fileadmin/KIM-pdf14/KIM14.pdf**

Bäume pflanzen – Werte schaffen
www.WerdeBaumSparer.de


Tel: 0 228/943 778-0
ForestFinance
Wir machen Wald. SEIT 1995

Filme für Ihren Unterricht
FILMSORTIMENT.DE

Fordern Sie unseren gedruckten Katalog mit Unterrichtsfilmen auf DVD an. Der kostenlose Katalog enthält über 4.300 Lehrfilme, didaktische Spielfilme und Dokus mit Lehrplanbezug für alle Fächer und Altersklassen.

Alle Medien enthalten die Schullizenz.

So können Sie den Katalog kostenlos anfordern:
- **Mit Bestellkarte (Hier im Heft beiliegend)**
- **Per Email: versand@filmsortiment.de**
- **Im Shop: www.filmsortiment.de/kataloge.html**
- **Per Telefon: 040-790 089 34**
- **Per Fax: 040-380 178 884 13**

Sie wollen Filme nicht auf DVD sondern lieber als Download? Kein Problem, besuchen Sie auch unser Download-Portal unter www.schulfilme-online.de

Einfallstor für Microsoft,

// Schulen sind ein Milliarden-Markt für Microsoft, Apple und andere IT-Konzerne. Sie locken Lehrkräfte mit attraktiven Fortbildungen, liefern kostenlose Produkte und platzieren Werbung in Einrichtungen. Ist die Unabhängigkeit der Schulen gefährdet? //

„Dürfen wir auf den Flur?“ Die Berufsschülerinnen Ann-Katrin, Celina, Linda und Svenja planen, auf YouTube ein Erklär-Video anzuschauen – ohne ihre Mitschüler im Klassenraum zu stören. Lehrer Detlef Steppuhn, 54 Jahre, nickt. Er hat die 23 angehenden Kaufleute für Büromanagement zuvor in Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe bekam die Aufgabe, eine Präsentation zum Thema „Zeitmanagement“ zu erstellen. Um Fakten im Internet zu recherchieren, nutzen alle ein Tablet, einen tragbaren Kleincomputer.

Wir sind am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (EGB), einer kaufmännischen Berufsschule in Köln-Buchheim. 40 Tablets, Lehrer-PC und Beamer in allen Räumen, Whiteboards, drei Internetleitungen, schulweites W-LAN – die technische Ausstattung beeindruckt. Finanziert durch öffentliche Gelder, aber auch mit Hilfe privater Sponsoren. Rundgang durch das Schulgebäude. Im Foyer, vor der Cafeteria, hängen zwei Werbebanner. „Microsoft in Education“, prangt auf dem einen – „Microsoft – Partners in Learning“, steht auf dem anderen. Wer die Website der Schule aufruft, entdeckt einen Link zu einem YouTube-Video, der das Berufskolleg vorstellt – und Werbung für die Bürosoftware „Office 365“ von Microsoft macht. Lehrer Steppuhn tritt in diesem Video auf: „Office ist ein Standard in der Wirtschaft.“ Der Pädagoge betont: „Alle unsere 800 Ausbildungsbetriebe arbeiten schwerpunktmäßig auch mit Office.“ Eine namentlich genannte Schülerin erklärt im Video-Clip der Website, wie sie das mit Office betriebene, schuleigene Lernportal nutze: „Das ist einfach sehr gut.“ Schulleiter Rolf Wohlgemuth findet im Video lobende Worte über die Sicherheit von „Office 365“: „Da wissen wir, das orientiert sich an europäischen Sicherheitsstandards.“

„Serviceleistung“

Verletzt das EGB mit diesem Video den Leitfaden zum Schulsponsoring, den das nordrhein-westfälische Schulministerium veröffentlicht hat? Dort steht: Ein Sponsoring-Vertrag sei abzulehnen, „wenn Schülerinnen oder Schüler oder Lehrerinnen und Lehrer in Werbeaktionen eingebunden werden“. Schulleiter Wohlgemuth verteidigt sich: Microsoft habe dieses Video zwar in Auftrag gegeben und bezahlt. Aber: „Der Film wirbt für beide – für Microsoft und ganz wesentlich für uns als Schule.“ Das Video sei als „Serviceleistung“ von Microsoft entstanden, im Zuge der Zusammenarbeit zwischen dem EGB und dem Software-Unternehmen.

„Die Schule kooperiert seit 1996 mit Microsoft“, erklärt Berufsschullehrer Steppuhn. Alle 2 500 Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, „Office 365“ im Unterricht kostenlos zu nutzen – außerdem Office 2010/2013 auf bis zu fünf privaten PC. Inzwischen hat der Software-Konzern das EGB als „Mentor School“ ausgezeichnet. Man sei damit eine von weltweit 80 Schulen, die „anderen Schulen als Orientierung dienen“, auch wegen der „didaktischen Ausrichtung“. So steht es stolz auf der schuleigenen Homepage.

Die Computer- und Softwareindustrie wittert an Schulen das ganz große Geschäft. Einen Klassenraum mit Tablets, Whiteboards und Beamer auszurüsten, kostet rund 15 000 Euro. Diese Zahl nennt der Medienwissenschaftler Ralf Lankau, Professor an der Hochschule Offenburg. Über acht Milliarden Euro würde es kosten, alle Schulen und Klassenräume in Deutschland entsprechend auszustatten, rechnet Lankau vor. Hinzu kämen enorme



Apple und Co.

Folgekosten. Schließlich müssten die Geräte alle zwei bis drei Jahre ersetzt werden. „Im Ergebnis könnte die IT-Industrie jährlich rund drei Milliarden Euro allein an Hardware in Schulen umsetzen“, schätzt der Medienwissenschaftler.

Ortswechsel. Hannover, Computermesse Cebit. Michael Richter (CDU), Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt, unterzeichnet am 18. März 2015 gemeinsam mit einer Vertreterin von Microsoft einen „Letter of Intent“. Das Land und Microsoft erklären in diesem Vorvertrag laut Finanzministerium, „die infrastrukturellen Voraussetzungen für ein modernes Schulnetz“ in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Allen Schülerinnen und Schülern sowie allen Lehrkräften wolle man zudem ermöglichen, „Office 365 in einer sehr umfangreichen Lizenzgestaltung“ kostenfrei zu nutzen. Unter Punkt 9 des Vorvertrags wurde „Vertraulichkeit“ verabredet.



Foto: Matthias Holland-Letz

Das Dokument gelangt an die Öffentlichkeit – und stößt auf Protest. Die Linke im Landtag erklärt, das Finanzministerium hätte das Kultusministerium einbeziehen müssen. Linken-Abgeordneter Jan Wagner nennt den Vorvertrag ein „datenschutzrechtliches Monstrum“. Denn nach dem Willen des Landes, so Wagner, sollten alle Lehrkräfte sowie alle Schülerinnen und Schüler in einem zentralen, von Microsoft geführten Verzeichnisdienst „mit ihren Personendaten“ erfasst werden. „Vorvertrag kündigen!“, fordert die GEW Sachsen-Anhalt. Am 23. April 2015 berichtet die Mitteldeutsche Zeitung: Der Vertrag zwischen Land und Microsoft sei „auf Eis gelegt“. Der bereits unterzeichnete Vorvertrag bestünde jedoch weiter.

Microsoft Deutschland erklärt dazu auf Anfrage der E&W: Man mache „zu laufenden Vertragsverhandlungen“ keine Angaben. Daten, die man im Rahmen von „Office 365“ auf einem externen Server von Microsoft („in einer cloud“) speichere, seien sicher und blieben im Besitz des Kunden.

Problem Datenschutz

Professor Lankau warnt vor offenen Fragen beim Datenschutz, wenn Schülerinnen und Schüler digitale Medien mit Internetzugang nutz-

Bestens ausgestattet: das Erich-Gutenberg-Berufskolleg, kaufmännische Berufsschule in Köln-Buchheim: 40 Tablets, Lehrer-PC und Beamer in allen Räumen, schulweites W-LAN und mehr. Finanziert auch mit Hilfe privater Sponsoren.





ten: „Jede Mausbewegung, jeder Mausklick, jedes Scrollen werden gespeichert und ausgewertet“, so Lankau. Da jedes Tablet und jeder PC eine weltweit eindeutige IP-Adresse hat, ließen sich alle Aktionen „genau einem User“ zuordnen. Mit Hilfe dieser Protokolldaten sei es möglich, „immer genauere und komplexere Nutzer- und Bewegungsprofile zu erstellen“. Lankau verweist auf das strenge Jugendschutzgesetz der USA, das auch an Schulen verbindlich sei. Werden beispielsweise Google-Dienste in US-Schulen eingesetzt, müsse das Speichern aller Aktionen der Schülerinnen und Schüler – das sogenannte Tracken – „verbindlich ausgeschaltet werden“. Der Medienwissenschaftler fordert zudem: „Wenn ich IT an Schulen verankern möchte, kann ich dies unabhängig von den Software-Monopolen wie Microsoft oder Apple tun.“ Als Betriebssystem lasse sich Linux einsetzen, hinzu komme Open-Source-Software.

EGB-Schulleiter Rolf Wohlgemuth reagiert skeptisch: „Warum sollen wir als Berufskolleg mit einer Software ausbilden, die in den Unternehmen kaum verwendet wird?“ Außerdem werde in seiner Schule nicht nur Software von Microsoft eingesetzt. „Wir arbeiten parallel mit verschiedenen Betriebssystemen“, stellt er klar.

IT-Kampf ums Klassenzimmer

Nicht nur Microsoft lässt sich viel einfallen, um in Schulen Fuß zu fassen. Samsung fördert die Initiative „Digitale Bildung Neu Denken“. Google organisiert die „Google Teacher Academy“ (GTA). Jede Academy sei eine zweitägige berufliche Weiterbildung, so Google, „die Lehrern auf der ganzen Welt bei der optimalen Nutzung innovativer Technik von Google helfen soll“. Wer eine GTA besucht hat, darf sich „Google Certified Teacher“ nennen. Apple zielt mit seinen „Apple Distinguished Educators“ (ADE) ebenfalls direkt ins Klassenzimmer. Der Computerriese aus Cupertino macht keinen Hehl daraus, was er von den ADE-Lehrkräften erwartet. „Sie unterstützen den Einsatz von Apple-Produkten, die helfen, Schülerinnen und Schüler auf völlig neue Art und Weise zu motivieren“, heißt es auf der Unternehmens-Homepage.

Auch Microsoft spricht Lehrkräfte direkt an: „Werden Sie Microsoft Expert Educator!“, lockt eine Website des US-Konzerns. Expert Educators hätten die Möglichkeit, weltweit mit anderen „innovativen Lehrkräften“ zusammenzuarbeiten. Weitere Vorteile laut Microsoft: „Berufliche Entwicklungsmöglichkeiten“ und „Öffentlichkeitsarbeit für Sie und Ihre Schule über unsere reichweitenstarken Online-Kanäle“, zum Beispiel über Blogs und Webseiten. Am Erich-Gutenberg-Berufskolleg unterrichten neben Steppuhn vier weitere Expert Educators – laut EGB mehr als an jeder anderen Schule in Deutschland.

„Kostenlose Angebote“

Microsoft Deutschland erklärt gegenüber E&W: Man betreibe kein Sponsoring an Schulen, sondern biete „Bildungsprogramme“ und „kostenlose Angebote“ wie das Expert-Educator-Programm. Es liege in der Verantwortung jeder einzelnen Lehrkraft oder der Schulleitung, „wettbewerbsneutral mit unterschiedlichen Anbietern zu arbeiten“.

Wenn Pädagoginnen und Pädagogen durch Firmen wie Microsoft Produktschulungen erhalten, sei das attraktiv, gibt Tobias Hübner, Lehrer in Düsseldorf und ebenfalls Expert Educator, zu. „Man lernt außerdem viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer kennen, die einen in technischer und beruflicher Hinsicht weiterbringen.“ Doch je mehr er sich mit den Vermarktungsstrategien der großen IT-Konzerne an Schulen vertraut machte, desto stärker zog es ihn zu „freien Bildungsmedien“ und zur „Open Source Software“. Hübner setzt in seinem Unterricht nun den Mini-Computer Raspberry Pi ein (s. E&W 12/2013). „Er wird von einer gemeinnützigen Initiative in England produziert und kostet nur rund 35 Euro“, so der Pädagoge. „Man kann sich damit seine eigene Cloud bauen, das Programmieren lernen und verstehen, wie Computer funktionieren.“

Zurück zum Gutenberg-Berufskolleg. Steppuhns Klasse hat ihre Präsentationen zum Zeitmanagement fertiggestellt. Die Gruppe um Ann-Katrin erklärt am Whiteboard das „Eisenhower-Prinzip“, benannt nach dem US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower. Dann kommt Gruppe 6 an die Reihe. „Wir stellen euch Microsoft Outlook vor“, sagt Hülya. Mit diesem Programm ließen sich E-Mails „auf Wiedervorlage legen“, erklärt Ibrahim. „Außerdem kann man Termine verschieben.“ Abschließend fragt Steppuhn in die Runde: „Wer nutzt Outlook für seine Termine?“ Viele Hände gehen hoch.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist



Foto: Matthias Holland-Letz

Werbebanner des Software-Unternehmens Microsoft im Foyer des Erich-Gutenberg-Berufskollegs. Haben wir bald einen Wettbewerb von Google, Apple & Co. in den Klassenzimmern?

Mäßiges Zeugnis

// **Die Ende 2014 veröffentlichte Schulleistungsstudie ICILS (International Computer and Information Literacy Study) hat den Umgang 14-Jähriger mit digitalen Medien in 21 Ländern untersucht. Studienleiterin Birgit Eickelmann, Universität Paderborn, stellt den getesteten Schülerinnen und Schülern in Deutschland nur ein „mäßiges Zeugnis“ aus.** //

E&W: Sie haben im Rahmen der ICILS-Studie mehr als 2 000 Achtklässler in Deutschland befragt. Was wollten Sie herausfinden?

Birgit Eickelmann: Die Digitalisierung aller Lebensbereiche nimmt mit ungeheurer Geschwindigkeit zu. Damit unser Nachwuchs in der Welt von Morgen bestehen kann, muss er medial vermittelte Informationen auswählen, verstehen, nutzen und kommunizieren können. Wir wollten wissen, wie kompetent Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 Jahren mit neuen Technologien umgehen.

E&W: Was heißt kompetent?

Eickelmann: Das Verständnis von Medienkompetenz unterschied sich in den beteiligten Ländern durchaus. Unter Digital Literacy etwa verstehen die einen vor allem technisches Know-how, für die anderen geht es dabei um den Umgang mit digitalen Informationen. Wir haben uns für die Untersuchung auf das Kriterium „computer- und informationsbezogene Kompetenzen“ geeinigt, das zwei Bereiche umfasst: Erstens Informationen sammeln und organisieren. Das schließt die Frage mit ein: Können Jugendliche relevante von nicht relevanten Informationen unterscheiden, die Seriosität einer Quelle beurteilen? Zweitens sind sie in der Lage, Informationen aufzubereiten, kritisch auszuwerten und auszutauschen. Das



Foto: Privat

Birgit Eickelmann



haben wir mit computerbasierten Tests gemessen ...

E&W: ... und den Achtklässlern in Deutschland ein mäßiges Zeugnis ausgestellt.

Eickelmann: Im internationalen Vergleich liegen deren durchschnittliche digitale Kompetenzen nur im Mittelfeld. Dass Jugendliche in ihrer Freizeit viele Stunden am Computer verbringen, macht sie eben noch lange nicht zu digital kompetenten Nutzern. Fast dreißig Prozent der getesteten deutschen 14-Jährigen haben nur rudimentäre Kenntnisse. Sie können gerade mal eine Mail senden oder einen Link öffnen. Nur 1,5 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler schaffen es auf die höchste Kompetenzstufe. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

E&W: Doch schon in punkto Ausstattung sieht es an den Schulen mau aus (s. S. 10 f.).

Eickelmann: Internetverbindungen sind oft zu langsam, mobile Endgeräte in den Klassen gibt es selten. Im Bundesschnitt teilen sich 11,5 der 14-Jährigen einen PC, in Norwegen sind es nur 2,4.

E&W: Sind Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland auf die Arbeit mit digitalen Medien ausreichend vorbereitet?

Eickelmann: Leider nicht. In der Lehrerausbildung spielen die digitalen Technologien kaum eine Rolle. Lehrkräfte setzen sie seltener regelmäßig ein als Pädagoginnen und Pädagogen in allen anderen Test-Ländern. Vielen fehlt die didaktische Kompetenz, um digitale Medien sinnvoll in den Unterricht zu integrieren. Lehrende müssen wissen, wie und wann sie Tablets & Co. einsetzen können, damit dies für Schülerinnen und Schüler auch einen „Mehrwert" im Unterricht bringt (s. Interview S. 14 f.).

E&W: Zum Beispiel?

Eickelmann: Indem Pädagoginnen und Pädagogen etwa digitale Medien benutzen, um Inhalte zu visualisieren und problemlösungsorientiert zu arbeiten. Mit interaktiven Whiteboards hat ein Erdkundelehrer beispielsweise Zugriff auf ein vielfältiges aktuelles Kartenmaterial. Er kann mühelos zwischen verschiedenen Ansichten wechseln und



Computerführerschein

// „Kinder kritisch an die neuen Medien heranzuführen, ist unsere ureigene Aufgabe", erklärt die langjährige IT-Fachberaterin und Leiterin der Marburger Waldschule, Elvira Heck-Schneider. Dass das Thema „digitale Bildung" selbst in den neuen Bildungsstandards des Landes Hessen nur eine untergeordnete Rolle spielt, hält sie für falsch. Mit einem „Computerführerschein" preschen die Grundschulen im Kreis Marburg-Biedenkopf (Hessen) jetzt vor und schulen den Nachwuchs für den Umgang mit Tablet & Co. //

„Das geht nicht!" – „Wo steht das?" – „Wie geht schließen?" Wenn die Lehrerinnen und Lehrer der Waldschule mit den Kindern an die Computer gehen, werden sie voll gefordert. Eigentlich müssten sie zu zweit vor der Klasse stehen, um all die Fragen zu beantworten, die in diesen Stunden auf sie einstürmen. Schon vor Jahren hat sich die Grundschule die medienpädagogische Arbeit auf die Fahnen geschrieben. Jetzt gehört sie zu den zehn Schulen des Landkreises, die den Computerführerschein für Grundschüler erproben – ein hessenweit einmaliges Pilotprojekt.

Der Hintergrund: In Hessen gibt es nach Einschätzung von Schulleiterin Heck-Schneider eine gute PC-Ausstattung an den Grundschulen. Auch die Waldschule verfügt über einen Computerraum mit zwölf PCs, Lernprogramme sowie Medieninseln mit jeweils zwei bis vier Computern pro Klasse. Doch die beste Ausstattung sei wertlos, so Heck-Schneider, wenn sie nicht genutzt wird. Deswegen entwickelten die IT-Beauftragten und Fachberater der Schulen unter Leitung des Marburger Schulamts das Konzept für den Computerführerschein.

Dieses liegt nun als Leitfaden für die Praxis vor: Danach machen die Grundschulkinder sogar zwei Computerführerscheine – einen in der zweiten und einen in der vierten Klasse. Die Mädchen und Jungen sollen aber möglichst schon als ABC-Schützen mit den neuen Medien vertraut gemacht werden. Schließlich sind Tablets, Laptops und Handys für die Kinder im Alltag präsent.

Es fängt simpel an, etwa zu wissen, wie ein Computer an- und ausgeschaltet wird. Später malen die Schülerinnen und Schüler mit Hilfe eines Programmes Bilder am PC, schreiben kleine Texte, speichern, fügen ein und üben Rechnen und Schreiben über Online-Lernprogramme. So könne man das Projekt gut in den Sachunterricht einbauen, erläutert die Lehrerin und IT-Fachberaterin Johanna Weitzel. Um den Computerführerschein zu erhalten, fertigen die Kinder eine Art Abschlussarbeit an. Sie lernten nicht nur, wo und wie sie brauchbare Informationen im Netz zu einem Thema finden, so Weitzel. „Sie erfahren dabei auch, dass nicht alles stimmt, was im Internet



Foto: Gesa Cordes

Grace, Helen und Thalia (von links nach rechts) üben für den Computerführerschein.

die Klasse an eigenen Endgeräten Karten bearbeiten und diskutieren lassen. Mit einem Stoß vergilbter Kartenrollen unter dem Arm kann er das nicht.

E&W: Das ist aber noch kein Gesamtkonzept für kritische Medienbildung …

Eickelmann: … deshalb müssen wir überlegen: Wie soll Schule in den nächsten zehn, zwanzig Jahren aussehen?

E&W: Was muss sich aus Ihrer Sicht konkret ändern?

Eickelmann: Wir brauchen zunächst eine bessere digitale Ausstattung der Schulen und mehr Lehrerfortbildungen. Der Einsatz digitaler Medien im Fachunterricht sollte Pflichtprogramm in der Ausbildung angehender Lehrkräfte sein. Und: Digitale Bildung sollte wie in anderen Ländern verbindlicher Bestandteil der Lehrpläne in allen Fächern, der souveräne Umgang mit digitalen Medien Pflicht in den Abschlussprüfungen der Schülerinnen und Schüler sein.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

www.ifs.tu-dortmund.de/cms/de/Forschung/AG-Bos/Laufende-Projekte/ICILS-2013.html

für ABC-Schützen

Zertifikate und Pässe

Es gibt zahlreiche Zertifikate rund um Computerkenntnisse. Einige Beispiele:

- NRW-Medienpass (https://www.medienpass.nrw.de)
- das „Internet-Seepferdchen“ mit Tipps zum Kennenlernen des Internets (www.internet-seepferdchen.eu)
- der Internet-Surfschein, mit dem sich das Internetwissen testen lässt (www.internet-abc.de)
- der Europäische Computerführerschein ECDL, für den etwa 1 000 Schulen in Deutschland als Prüfungszentren fungieren. Er richtet sich an ältere Schülerinnen und Schüler, die ihre Computerkenntnisse nachweisen wollen (www.ecdl.de). G.C.

steht“, fügt die IT-Fachberaterin hinzu, die auch Fortbildungen für Lehrkräfte anbietet. Die Mädchen und Jungen bekommen außerdem Tipps, welche Internetseiten für ihr Alter geeignet sind und werden über die Gefahren, die im Netz lauern, informiert. „Sie landen sonst schnell auf irgendwelchen merkwürdigen Seiten“, sagt Weitzel.

„Medienpass“ NRW

Der Computerführerschein orientiert sich an dem für Nordrhein-Westfalen (NRW) entwickelten „Medienpass“. Diesen gibt es in NRW nicht nur für die Grundschulen, sondern auch für Kindertagesstätten und weiterführende Schulen. Der Medienpädagoge Prof. Stefan Aufenanger, Uni Mainz, schätzt den Ansatz. Der Pass sei ein Zertifikat, das nicht bei technischen Fragen stehenbleibe, sondern Schülerinnen und Schüler anrege, über den eigenen Medienkonsum kritisch nachzudenken (s. Interview S. 14). Und klar: Die Kinder seien „natürlich stolz, wenn sie so einen Pass in der Hand halten“.

Gesa Coordes,
freie Journalistin







Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Die Zukunft auf dem Schirm

Rund um die Uhr online: Die digitale Entwicklung hat unseren Alltag und die Arbeitswelt erheblich verändert. Wer zehn Jahre zurück- und zehn Jahre vorausschaut, ist sich einer weiterhin rasanten Entwicklung gewiss.

Mit den digitalen Medien sind auch große Erwartungen an die Bildung verknüpft: Inklusion könnte besser gelingen, weil Zugänge zur Welt eröffnet werden, die bisher verschlossen blieben. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich die Welt selbst anzueignen. Lehrkräfte haben dabei eine wichtige Anleitungs- und Beratungsfunktion. Doch auch die Herausforderungen sind groß: Wie sich digitale Medien auf Lern- und Denkprozesse auswirken, ist weitgehend unbekannt. Wie sich soziales Lernen im virtuellen Raum verantwortungsvoll gestalten lässt, noch weitgehend unklar.

Die Lebenswelt junger Menschen ist heute zu einem großen Teil digitalisiert. Das fordert die Lehrkräfte als Expertinnen und Experten für das Lernen heraus. Zwischen der Euphorie der Digitalisierer und den komplexen Erfahrungen sozialer Realität im Schulalltag müssen wir die Debatte um digitale Bildung vom „Kopf auf die Füße“ stellen: Politik ist bisher technikgetrieben den jeweils aktuellen Hard- und Softwarelösungen hinterhergelaufen. Die politische Forderung nach „einem Laptop für jeden Schüler“ erscheint mittlerweile fast peinlich. Und ob Tablets oder Smartphones eine verlässliche Zukunft bieten, können IT-Experten nicht vorhersagen.

Dass Lernplattformen im Unterricht eine immer größere Rolle spielen, ist unumstritten. Im Zentrum der Debatte sollte daher die Frage stehen, wie Lehrkräfte digitale Medien im Unterricht einsetzen können, damit diese einen pädagogischen und didaktischen „Mehrwert“ erbringen (s. Interview S. 14 f.). Dazu bedarf es des ständigen Austausches und der Weiterbildung in einem sich fortlaufend ändernden technischen und sozialen Umfeld. Allerdings: Digitale Medien bieten zwar Chancen, können aber die Vielfalt sinnlicher und sozialer Erfahrungen nicht ersetzen. Wir brauchen junge Menschen, die technisch versiert, aber eigenständig und unabhängig in ihrem Urteil mit Informationen des Internets umgehen – und auch das Smartphone einfach mal abschalten können. Aufgabe der Lehrkräfte ist, sowohl die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler als auch deren Fähigkeit zur Quellenkritik zu fördern.

Lehrende müssen lernen, Bildungsmaterialien aus dem Internet auszuwählen, die der Qualität geprüfter Schulbücher standhalten können. Open Educational Resources (OER) – offene Bildungsmedien – stehen für kostenfreie Lernmittel einerseits und kommerziellen Einfluss von Software-Anbietern andererseits (s. E&W 7-8/2015). Hard- und Softwarekonzerne wollen den Markt digitaler Bildungsmedien erobern und monopolisieren (s. S. 16 ff.). Dagegen helfen nur freie und offene Hard- und Sofware sowie Zugänge, die diskriminierungsfrei gestaltet und ohne rechtliche Risiken zu verwenden sind. Bund und Länder müssen dafür einen finanziellen, infrastrukturellen und rechtlichen Rahmen schaffen, wenn gute Bildung für alle auch der gesellschaftspolitische Konsens im digitalen Zeitalter sein soll. Das ist wichtig, wenn die Bundesregierung demnächst mit den Ländern und Bildungsakteuren eine gemeinsame Strategie zum „Digitalen Lernen“ entwickeln und umsetzen will. Auch die Europäische Kommission hat eine Digitale Agenda aufgelegt und der DGB lädt im November zu einem Kongress über die „Digitalisierung der Arbeitswelt“ ein. Hier wollen die Gewerkschaften diskutieren, wie sich der gesellschaftliche Wandel als Chance für gute Arbeit nutzen lässt. Es ist wichtig, dass die GEW dabei ist.

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Hinweis: Die europäische Region der Bildungsinternationale (ETUCE) arbeitet zurzeit an einem „policy paper“ zur digitalen Bildung. Der Vorstandsbereich Schule des Hauptvorstandes wird demnächst die Broschüre „Erfolgreich mit neuen Medien! Was bringt das Lernen im Netz?“ veröffentlichen.

Dialog

2/2015



Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

Gerade ehemalige Personalchefs sind ideale Betreuungspartner für Jugendliche auf ihrem Weg in die Berufswelt.

INHALT:

Titel
Lernen für soziale Zwecke Seiten 1 – 2

Kommentar
Grauzone Ehrenamt Seite 2

Interview
mit Anne Traulich, „Seniorpartner in School“ Seite 3

Nachrichten
„Gemeinsam für Gerechtigkeit“ – Ansturm auf Universitäten Seite 4

Lernen für soziale Zwecke

// Seniorinnen und Senioren wollen ihr Wissen erweitern, aber auch weitertragen – und dabei Sinnvolles tun. Nicht selten ergänzen sich Fortbildung und soziales Engagement, lassen sich gut miteinander verbinden. //

Wo immer man guten Rat braucht, sind die Fachleute vom Senior-Experten-Service (SES) in Bonn zur Stelle. Mit ihrem Fachwissen helfen die Ruheständler in Schwellen- und Entwicklungsländern. Auch kleinere und mittlere Unternehmen, Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen wenden sich mit Fragen und Problemen an die Ehrenamtlichen des SES. Die ehemaligen Ingenieure, Wissenschaftlerinnen, Handwerker oder Lehrerinnen leiten die Ratsuchenden vor Ort bei der Arbeit an, in der Regel für drei bis sechs Wochen. Lohn sind Anerkennung und Respekt vor der Leistung älterer Menschen, vor allem aber ist die Erfahrung wichtig, nützlich zu sein und Kenntnisse weiterzugeben. „Die Senior-Experten möchten nicht, dass ihr Wissen brachliegt“, weiß Julia Haun, Kommunikationsreferentin des SES. Geschäftsführerin Susanne Nonnen nennt ein weiteres Motiv: Die Expertinnen und Experten unterstützen meist Jüngere. „Sie erleben diese Hilfe als persönliche Bereicherung und Anerkennung.“

Solche Wertschätzung kann beflügeln. Eine abwertende Haltung gegenüber den Kompetenzen älterer Menschen verhindere Kreativität und schwäche die Motivation hinzuzulernen, sagt Barbara Haas. Die Leiterin des Fachbereichs Seniorenpolitik der GEW Baden-Württemberg stützt sich auf Studien des Altersforschers Prof. Andreas Kruse. Demnach stellten sich Menschen am

Übergang zum Ruhestand darauf ein, „nichts mehr wert zu sein“. Sie „verlieren die Lust am Lernen“.
Der Kontakt mit jungen Menschen könne für Ältere Ansporn sein, weiterzulernen. Im Studium sei der Gedanke, dass Alt und Jung voneinander lernen, möglicherweise mehr Wunsch als Wirklichkeit, gibt Bernd Steinhoff zu. Doch die jungen und alten Studierenden tauschten sich zumindest informell aus, glaubt der Geschäftsführer des generationenübergreifenden Studiums an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Beide Gruppen lernten, Kritik anzunehmen, eigenes Erfahrungswissen zu überprüfen.
Steinhoff bedauert, dass Menschen im Ruhestand neu erworbene Kenntnisse kaum zweckgebunden einsetzen könnten. Es fehle eine Perspektive auf Tätigkeiten, die sie nach dem Ausstieg aus dem Beruf ausüben könnten. Weiterbildung solle nicht nur Selbstzweck sein. „Die Alten müssten eine verantwortungsvolle Aufgabe als Ziel vor Augen haben, für die es sich zu lernen lohnt“, fordert der Studienleiter. Er plädiert dafür, Bildungsangebote für alte Menschen zu entwickeln, die auch der Gesellschaft nutzen.

Weiterbildung ist der Schlüssel

Wilfried Rehfeld sieht Weiterbildung als Schlüssel zu gesellschaftlichem Engagement. „Lebensbegleitendes Lernen fördert die Entwicklung sozialer Gruppen“, sagt der Geschäftsführer des Dialog-Bildungswerkes in Greven. Es vermittele grundlegende Kompetenzen, um sich an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen zu beteiligen. Bürgerinnen und Bürger lernten Zusammenhänge zu verstehen, Entscheidungen zu hinterfragen, Interessen zu beurteilen. „Das endet nicht in irgendeiner Lebensphase“, ist Rehfeld überzeugt. Im fortgeschrittenen Alter griffen Frauen und Männer stärker auf ihre Erfahrungen zurück und versuchten daraus, gemeinsam mit anderen zu lernen. So entstünden Netzwerke, aus denen soziales und politisches Engagement erwachsen könne.
Ein Beispiel ist das soziale Netzwerk ZWAR in Nordrhein-Westfalen. An mehr als 60 Orten sind Teilnehmende des Projekts aktiv. ZWAR steht für „Zwischen Arbeit und Ruhestand“. Die Gruppen sind zunächst eine Anlaufstelle für Menschen ab dem Alter von 55 Jahren, die ihre Freizeit miteinander verbringen wollen. Jeder kann Vorschläge einbringen, ob Fahrradtour, Skat spielen oder gemeinsam kochen. In Trainingskursen und Seminaren können sie sich zusätzlich für bürgerschaftliches Engagement im Wohnquartier weiterqualifizieren. „Weil die Menschen sich nicht nur bei Veranstaltungen und Aktionen treffen, sondern auch beim Einkauf oder auf der Straße, kümmern sie sich auch umeinander“, stellt der Geschäftsführer der ZWAR-Zentralstelle, Christian Adams, fest. „Und sie fangen an, sich in der Nachbarschaft zu engagieren.“

Barbara Haas,
freie Journalistin

Grauzone Ehrenamt


Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

Viele alte Menschen lernen wissbegierig dazu und sind gerne bereit, ihr Wissen weiterzugeben. Mehr noch: Sie betrachten es als Verpflichtung, ihre Kenntnisse und Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen. Manche Rentnerin und mancher Pensionär qualifiziert sich eigens dafür. Erwirbt einen Übungsleiterschein, um Sportkurse zu geben, lässt sich zum Flüchtlingsbetreuer schulen oder bildet sich weiter, um Laien fachkundig im Naturschutz anzuleiten.
Es ist gut, wenn Frauen und Männer für eine gemeinnützige Arbeit oder bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit zusätzliche Kompetenzen erwerben. So entsteht gesellschaftliche Teilhabe. Und das Lernen stiftet nicht nur für den Einzelnen Sinn.
In der Regel mit dem Berufsleben zusammen hängt der Ansporn, sich fortzubilden. Nach Ende der Erwerbstätigkeit fehlen nicht selten Aufgaben und Zusammenhänge, die ein zielgerichtetes Lernen unbedingt erfordern. Wir können in der GEW solche Zusammenhänge schaffen und anbieten. Die gemeinsame pädagogische Profession setzt für junge wie ältere GEW-Mitglieder Anreize, sich auszutauschen, Wissen zu vertiefen.
Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, die eine bestimmte Qualifizierung erfordern, sollten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aber sehr genau hinsehen. Wie professionell dürfen die Anforderungen an die Arbeit sein, damit sie noch als Ehrenamt gelten kann? Wer sich für eine freiwillige Aufgabe schulen lässt, bewegt sich schnell in einer Grauzone zwischen ehren- und hauptamtlicher Beschäftigung. Aus gut qualifizierten freiwilligen Helferinnen und Helfern werden Ersatzkräfte für hauptamtliche Beschäftigte, deren Stellen wegfielen.
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen dafür sorgen, dass Organisationen oder Träger das Engagement von Ruheständlerinnen und Ruheständlern nicht instrumentalisieren, um professionelle Arbeit für „umsonst“ zu bekommen. Ehrenamtliche können Hauptamtliche begleiten und in ihren Aufgaben ergänzen, dürfen diese aber auf keinen Fall ersetzen.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

„Lebensbegleitendes Lernen ist sinnvoll“

// Die Organisation „Seniorpartner in School“ (SiS) bildet Menschen im Ruhestand aus, Konflikte zwischen Schülerinnen und Schülern zu lösen. Diese Aufgabe verändere auch das eigene Verhalten, sagt die 2. SiS-Vorsitzende Anne Traulich. //

Dialog: Warum engagieren sich die Seniorpartner an Schulen?

Anne Traulich: Das geht auf die Idee der Vereinsgründerin Christiane Richter im Jahr 2001 zurück. Sie kam aus der Sozialarbeit und kannte die Zustände an Berliner Schulen. Damals häuften sich Fälle von Gewalt. Richter hatte zwei Ziele: Zum einen Menschen nach ihrem Ausscheiden aus dem Beruf ein anspruchsvolles gesellschaftliches Engagement zu bieten. Zum anderen einen Beitrag zur Gewaltprävention an Schulen zu leisten. Angelehnt an die Richtlinien des Bundesverbandes für Mediation hat Richter ein Weiterbildungskonzept entwickelt, das sowohl die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren berücksichtigt als auch zur Konfliktlösung der Schülerinnen und Schüler beiträgt.

Dialog: Wie gehen die ehrenamtlichen Mediatorinnen und Mediatoren vor?

Traulich: SiS ist sowohl an Grund-, weiterführenden und Berufsschulen präsent. Die Seniorpartner beraten Kinder, die Streit oder Schwierigkeiten in der Klasse haben. Sie zeigen ihnen Wege auf, wie sie in einer Konfliktsituation besser miteinander kommunizieren können. Bei den Jüngeren geht es meist um Freundschaften. Sie fühlen sich ausgegrenzt oder verletzt, weil Mitschüler über sie lästern. Neu hinzugekommen ist das Problem Cybermobbing (s. E&W-Schwerpunkt 5/2015).

Dialog: Wie läuft die ehrenamtliche Arbeit in der Schule ab?

Traulich: Wir arbeiten in Zweier-Teams. Mit der Schulleitung wird abgesprochen, für welche Klassen sie zuständig



Foto: privat

Anne Traulich (63), 2. Vorsitzende des Bundesverbands „Seniorpartner in School“

sind. Die Teams stellen sich in den Klassen vor und erklären den Mädchen und Jungen, was sie anbieten können. Sie sind immer am selben Wochentag in einem Raum anzutreffen, den die Schule zur Verfügung stellt. Was dort besprochen wird, ist vertraulich.

Dialog: Wie werden die Teams ausgebildet?

Traulich: Alle durchlaufen eine 80-stündige Weiterbildung. Hauptamtliche Mediatoren vermitteln dabei neben den Phasen der Mediation vor allem Gesprächstechniken. In Rollenspielen werden die Kursteilnehmenden intensiv darauf vorbereitet, ihre neu erworbenen Kompetenzen anzuwenden. Allerdings: Die SiS-Mediatoren sind keine Therapeuten. Sie arbeiten nach dem Grundsatz: Hilfe zur Selbsthilfe.

Dialog: Was kostet die Schulung?

Traulich: Die Weiterbildung ist für Teilnehmende kostenlos. Die Seniorinnen und Senioren verpflichten sich im Gegenzug, mindestens 18 Monate für den Verein an einer Schule zu arbeiten.

Dialog: Und wie finanziert sich SiS?

Traulich: Der Bundesverband nimmt zurzeit an dem Spendenprojekt „Deutschland rundet auf“* teil. Das ermöglicht uns für drei Jahre, die Weiterbildung von 192 Ruheständlern zu Schulmediatoren zu finanzieren. Regelmäßige öffentliche Mittel bekommen wir nicht.

Dialog: Streit zu schlichten in den Klassen, Heranwachsenden bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, ist eine sinnvolle Aufgabe. Erhöht das die Bereitschaft der Älteren, sich zu engagieren?

Traulich: Das Engagement der SiS zeigt, wie wichtig lebensbegleitendes Lernen ist. Aus der Zusammenarbeit mit Kollegien und Kindern entstehen Achtung und Wertschätzung über Altersgrenzen hinweg. Und: Unsere Initiative macht deutlich, dass sich ein bundesweites Projekt mit dem Wissen und der Professionalität alter Menschen ehrenamtlich organisieren und entwickeln kann.

Dialog: Wie ist das Verhältnis der Seniorpartner zu den Lehrkräften?

Traulich: Positiv. Die Pädagoginnen und Pädagogen schätzen es, dass die Ehrenamtlichen qualifiziert sind. Ihre Arbeit ergänzt bestehende sozialpädagogische Angebote. Oft haben Lehrerinnen und Lehrer zwar eine Mediatorenausbildung, aber kaum Zeit, einen Mediationsprozess in den Klassen zu begleiten.

Interview: Barbara Haas,
freie Journalistin

***www.deutschland-rundet-auf.de/**
SiS gibt es in 14 Bundesländern, siehe www.seniorpartnerinschool.de.
Eine Gruppe in Frankfurt/Main nimmt im Oktober die Arbeit auf.
Kontakt: Ernst Kucharczyk, Telefon: 069 587145, sis-kucharczyk@sis-hessen.de.


Volles Programm beim Seniorentag

Foto: BAGSO/Christoph Hemmerich

„Gemeinsam für Gerechtigkeit“

// Zum Deutschen Seniorentag haben Interessenverbände die Mitverantwortung der älteren Generation für die Gesellschaft hervorgehoben. Der Kongress, der unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft“ im Juli in Frankfurt am Main stattfand, bot rund 15 000 Besucherinnen und Besuchern viel Diskussionsstoff zum Thema „Älter werden“. //

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass die Gesellschaft nicht auf das Wissen älterer Menschen verzichten könne. Es habe in der Bundesrepublik Zeiten gegeben, in denen ihre Erfahrung „in unverantwortlicher Weise beiseitegelegt wurde“. Merkel ermutigte die Seniorinnen und Senioren aber auch, offen für Neues zu sein.

Von den Erfahrungen älterer Menschen zu profitieren, ihr Wissen und ihre Kompetenzen wertzuschätzen, aber auch im Alter bereit zu sein, Neues zu lernen und sich weiterzubilden. Offen zu sein und zugleich die Zukunft der Jüngeren im Blick zu haben, dabei das Leben im Alter zu thematisieren, darum drehten sich die Debatten des Kongresses.

In der „Frankfurter Erklärung“ appelliert die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) an die Eigen- und Mitverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger. „Werte wie Toleranz und Respekt, Solidarität und Gemeinsinn müssen eine höhere Bedeutung erfahren“, heißt es in dem Positionspapier. Die Interessenverbände, darunter der Bundesseniorenausschuss der GEW, rufen Jung und Alt dazu auf, sich gemeinsam für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit stark zu machen. Auch nachfolgende Generationen sollten auf die Sozialsysteme vertrauen können. Dazu müsse Politik die gesetzliche Rentenversicherung solide finanzieren. Die Organisationen werben dafür, dass ältere Menschen mehr Beschäftigungschancen erhalten, mehr Arbeitnehmer das reguläre Eintrittsalter in die Rente erreichen und der Übergang in die Rente oder Pension flexibler gestaltet wird. Bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit dürften die Kosten „nicht immer weiter auf den Einzelnen verlagert werden, da dies soziale Ungleichheiten verstärkt“, betonen die Verbände. Sie plädieren auch dafür, freiwilliges Engagement – ob in Familie, Nachbarschaft oder Kommune – stärker anzuerkennen. Frauen und Männer, die andere Menschen pflegen, bräuchten Unterstützung und Wertschätzung, Qualifizierung und Begleitung. Betriebe sollten Angebote schaffen, die Berufstätige mit pflegebedürftigen Angehörigen entlasten. B.H./hari

Die „Frankfurter Erklärung“ ist im Internet über www.bagso.de (Publikationen/Positionen) zu finden.

Ansturm auf Universitäten

Weiterbildung an Volkshochschulen oder Universitäten fragen Seniorinnen und Senioren stark nach. Deutsche Universitäten zählten im Wintersemester 2014/2015 so viele Gaststudierende, die älter als 65 Jahre sind, wie nie zuvor: 14 200 Frauen und Männer dieser Altersgruppe haben sich an Hochschulen eingeschrieben. Ihre Zahl stieg laut Statistischem Bundesamt in den vergangenen zehn Jahren um 20 Prozent. An Volkshochschulen belegten Ältere 667 000 Kurse, vorwiegend zu den Themen Gesundheit, Sprachen und Kultur. Im Studium sind Vorlesungen und Seminare zu Geschichte und Philosophie am beliebtesten. B.H.

Die heimliche Macht der OECD

// Heft 2/2015 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“, die der GEW-Hauptvorstand herausgibt, setzt sich im aktuellen Schwerpunkt „Steuerung durch PISA?“ mit der OECD, ihrer Macht und ihrem Einfluss auf die Schulen auseinander.* //

Die Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA 2000 ist in Deutschland als „PISA-Schock“ in die Annalen eingegangen. Man spricht seither von der Zeit „vor PISA“ und „nach PISA“. Die Veröffentlichung schlechter Lern- und Leistungsstände deutscher Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich hat die Schulreform-Debatte nachhaltig verändert. Der Fokus hat sich seitdem von der Schulstrukturdebatte, insbesondere Aspekten der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, hin zu Fragen innerer Schulreform verschoben. Plötzlich hatte es den Anschein, als sei eine „gute Schule“ vor allem an den erreichten Lern- und Leistungsständen ihrer Schülerschaft zu erkennen. Und als sei es die vorrangige Aufgabe von Bildungspolitik und Schulen, kontinuierlich an deren Verbesserung zu arbeiten.

Die veränderte Perspektive auf das, was im Bildungswesen als Qualität gilt – nicht zuletzt erzielt durch ein geschicktes mediales Aufbereiten deutscher Testergebnisse im „Bildungs-Ranking“ –, hat sich erheblich auf die Steuerung des Bildungswesens und die Gestaltung des Unterrichts ausgewirkt: Die Bildungspolitik ist „seit PISA“ stärker denn je durch eine Output-orientierte Steuerung gekennzeichnet; ihre empirische Überprüfung gilt als Grundlage politischer Entscheidungen. Zwar hat der Staat sich aus der Detailsteuerung des Schulwesens zurückgezogen und den Schulen mehr Autonomie gewährt. Doch die Kehrseite ist, dass diese unter permanenter Rechenschaftspflicht stehen, u. a. über diverse Evaluationsmaßnahmen.

„Graue Eminenz“

In diesem Prozess spielt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit ihrem Bildungsdirektorat eine entscheidende Rolle. Sie hat als „graue Eminenz“ mit Hilfe der PISA-Studie weltweit viel Einfluss auf die Bildungspolitik gewonnen, wie auch Untersuchungen aus anderen Ländern zeigen. Obwohl die OECD kein Mandat für eine direkte Bildungsberatung der Regierungen und keine unmittelbaren rechtlichen oder organisatorischen Möglichkeiten besitzt, in nationale Bildungssysteme einzugreifen, übt sie über das strategisch geschickte Darstellen und Verbreiten der PISA-(Teil-)Ergebnisse Druck auf die Politik aus. So werden in OECD-Publikationen beispielsweise Best Practices aus sogenannten erfolgreichen PISA-Ländern auf andere übertragen, ohne dass die Frage geklärt wird, ob ein solches Verfahren („educational borrowing“) systemübergreifend funktioniert. Zu hinterfragen ist auch die Methode, spezifische Charakteristika von Bildungssystemen mit deren Leistungen bzw. der Chancengerechtigkeit kausal zu verknüpfen. Dies lässt das Querschnittsdesign der PISA-Studie nämlich gar nicht zu. Wenn die OECD also die Grenzen der empirischen Daten überschreitet und massive bildungspolitische Veränderungen nicht nur fordert, sondern auch auslöst, muss die Frage erlaubt sein, woher die Organisation ihre Legitimation nimmt. Es wird Zeit, die OECD und die Art und Weise, wie sie Macht ausübt, zu erforschen. Die „Die Deutsche Schule – DDS“ macht dies im aktuellen Themenschwerpunkt.

Sylvia Schütze,
Leiterin der Geschäftsstelle der DDS

***Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten: www.dds-home.de**







„Entkoppelte Jugendliche“

// 16 Jahre ist Robin erst alt, doch hier auf dem Vorplatz des Hamburger Hauptbahnhofs gehört er bereits zu den „Erfahrenen“. Kurz nach Zwei ist es an diesem Mittag, gerade ist er zusammen mit zwei weiteren Jugendlichen aus einem U-Bahnschacht nach oben gestiegen, nun dreht er draußen eine Runde. //

Als Robin ein kleiner Junge war, hatte ihm der Vater diesen Ort das erste Mal gezeigt, seit ein paar Jahren kommt er fast täglich. „Ist meine zweite Heimat geworden“, erzählt Robin. Eine Hochhaussiedlung knapp zwanzig Bahnminuten Richtung östlicher Vorstadt ist die erste. Sein arbeitsloser Vater wohnt dort, meist auch seine Mutter. „Na ja“, sagt Robin, „im Moment nur er“ – seine alkoholkranke Mutter sei auf Entzug in einem Krankenhaus, „der x-te in zwölf Jahren“. Manchmal, so wie vergangene Nacht, nimmt er ein paar Freunde mit zurück in die Vorstadt, damit die sich bei ihm zu Hause ausruhen können.

Zwischen vierspuriger Hauptverkehrsstraße und Bahnhofsmission läuft Robin weiter seine Begrüßungsrunde ab. Jan und Sarah, 19 und 15, die wie alle Jugendlichen in dieser Geschichte einen anderen Vornamen haben, hocken schon auf einer Pappe mitten auf dem Platz, vor sich einen leeren Becher, um vorbeihastenden Passanten ein paar Euro abzuschnorren. Vor ein paar Tagen hat sich die 16-jährige Julia ihrer Gruppe angeschlossen. Zu Hause in Dortmund „hatte ich Stress mit Eltern und Schule“. Und jetzt, was ist anders? „Hier gibt’s hundertprozentige Freundschaft“, antwortet das Mädchen, „vorher waren es höchstens fünf Prozent.“

Suche nach Anerkennung

Straßenkinder am Hauptbahnhof: Manchmal sind sie ohne großes Ziel hierhergekommen, immer aber mit viel Hoffnung – auf der Suche nach Anerkennung, Aufmerksamkeit, ein wenig emotionaler Wärme. Bahnhöfe, wie der in Hamburg, bieten Faszination und Abenteuer zugleich für junge Menschen, die zuvor durch alle Raster gefallen sind.

Eine im Frühsommer veröffentlichte und von der Vodafone-Stiftung finanzierte



Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI)* schätzt die Zahl sogenannter „entkoppelter Jugendlicher“ in Deutschland auf 21 000. Oft stammen sie aus stark belasteten Familien, „in denen sie emotionale Vernachlässigung, Verwahrlosung und Gewalt erlebt haben“. Viele wachsen in der Obhut der Jugendhilfe auf. Eines der Probleme: Wenn sie volljährig werden, endet die sozialpädagogische Hilfe häufig abrupt, weil Städten und Kommunen für eine weitere Unterstützung das nötige Geld fehlt.

Die Stiftung „Off Road Kids“, die der ehemalige Journalist Markus Seidel vor gut 20 Jahren im schwäbischen Bad Dürrheim gegründet hat, initiierte die DJI-Studie mit. Inzwischen betreibt „Off Road Kids“ neben zwei Kinderheimen auch eigene Streetwork-Stationen in Berlin, Dortmund, Hamburg und Köln, die sich jeweils vor allem um junge Menschen kümmern, die älter als 18 Jahre sind. Seidel sieht mit den Forschungsergebnissen seine politische Forderung bestätigt, dass der Bund Städten und Kommunen mehr Geld für die Sozialarbeit geben muss, um auch die jungen Erwachsenen weiter im Hilfesystem zu halten.

Oft fehle es diesen noch an persönlicher Reife, um eigenverantwortlich leben zu können. Die Folge: Viele rutschten weiter ab, gerieten in finanzielle Schwierigkeiten und landeten dauerhaft im Sozialleistungssystem. Etwa 8 500 der 21 000 entkoppelten jungen Menschen steuern laut Studie auf ein Leben ohne Dach über dem Kopf, also auf Obdachlosigkeit, zu. Ihnen allen könnte rechtzeitig geholfen werden, betont Seidel, würden die Kommunen das „eigentlich sehr gute“ Kinder- und Jugendhilfegesetz konsequent anwenden. Seidel: „Schon jetzt heißt es dort, dass auch 18- bis 27-Jährigen geholfen werden soll. Aus der Formulierung ‚soll‘ muss aber zwingend ein ‚muss‘ werden, damit Jugendämter vollstationäre Unterbringungen ab dem 18. Lebensjahr nicht mehr mit Verweis auf die Kosten beenden können.“



Hamburg-Hauptbahnhof – hier tummeln sich tagsüber junge Frauen und Männer, die durch alle Raster gefallen sind, die kaum Perspektive haben, keinen Halt im Elternhaus. Unter ihnen Streetworkerin Benthe Müller (4. v. l.) von „Off Road Kids“, einer Einrichtung im Bahnhofsviertel St. Georg. Sie versucht, „Straßenkarrieren“ durch Unterstützung und Betreuung der jungen Menschen zu verhindern.

Foto: Mauricio Bustamante

Wünsche und Träume

Benthe Müller hat ihr Büro in einer Seitenstraße des Bahnhofsviertels St. Georg. Die Diplom-Sozialpädagogin war bereits vor zehn Jahren bei der Eröffnung der Hamburger Off-Road-Kids-Station dabei, heute ist sie deren Leiterin. Wenn man an ihrem Schreibtisch sitzt, spricht sie viel über Wünsche und Träume der Jugendlichen, über deren Zwänge und Ausschlüsse. „Es soll um Inklusion gehen“, sagt Müller irgendwann,

PÄDAGOGIK



• Beltz-Medienservice, Postfach 10 05 65, D - 69445 Weinheim
• Telefon: +49 (0)6201/6007-330 • E-Mail: medienservice@beltz.de

www.beltz.de/paed
www.beltz-paedagogik.de

BELTZ



BRIEFE SCHREIBEN.
LEBEN RETTEN.

Jetzt kostenlos Materialpaket
mit Unterrichtsimpulsen
online bestellen:

briefmarathon.de/schulen

„tatsächlich werden viele Heranwachsende aber exkludiert."
Müller beobachtet bei ihrer Arbeit, „dass die meisten dieser jungen Frauen und Männer etwas bewegen wollen, dass sie aber immer wieder an den Rahmenbedingungen scheitern". Viele besäßen den Wunsch, einen Schulabschluss nachzuholen und eine Wohnung zu finden. Häufig aber seien die Anträge auf den Ämtern für ihre Klienten zu kompliziert. Wichtig sei daher eine ämterübergreifende „Hilfe aus einem Guss". Die Gründung der Tür an Tür mit der Jugendhilfe kooperierenden Jugendberufsagenturen 2012 in den Bezirken der Hansestadt lobt Off-Roads-Initiator Seidel als „vorbildliche Vernetzung" und „beispielhaft" für andere Bundesländer. Stationsleiterin Müller: „Wir machen gute Erfahrungen mit den jungen Erwachsenen, die im Hilfesystem bleiben können. Man sieht, dass sie eine Menge schaffen, wenn sie unterstützt werden."
„Es ist klar, dass der Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter sozialpolitisch neu überarbeitet werden muss", sagt Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich. Hocke fordert, im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII einen „Rechtsanspruch auf Übergang in die Volljährigkeit zu verankern, um es salopp zu formulieren". Zugleich weist er auf das 2013 im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen von Union und Sozialdemokraten hin, die Kinder- und Jugendhilfe „zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem" weiterzuentwickeln. Davon könne bislang noch keine Rede sein. Dass sich mit rechtzeitiger Hilfe letztlich viel Geld sparen lässt, mache die DJI-Studie deutlich. Jeder Euro, der in der Jugendhilfe ausgegeben wird, spare, so Hocke, im weiteren Lebensverlauf eines Betroffenen das Dreifache an staatlichen Mitteln ein, etwa bei den Sozialleistungen.
Auf dem Bahnhofsvorplatz zeigt ein junges Mädchen ihre Unterarme. Ein paar Narben sind zu erkennen. Fragt man sie, warum sie sich das antue, erzählt sie in hastig gesprochenen Halbsätzen von zu Hause und der Schule: Ihre allein erziehende Mutter – „immer nur Stress", die Lehrkräfte – „alle blöd", andere Jugendliche in ihrem Viertel – jeden Tag „scheiß Mobbing". „Ritzen ist wie eine Sucht", sagt das Mädchen, „neun von zehn Jugendlichen, die ich hier kenne, machen das." Auch wenn es ein paar weniger sein sollten, an diesem Ort begegnet man vielen jungen Menschen, die Schmerz loswerden wollen, indem sie sich einen anderen zufügen.



Foto: Mauricio Bustamante

Benthe Müller, Leiterin der Hamburger Streetwork-Station von „Off Road Kids", im Beratungsgespräch: „Die meisten jungen Frauen und Männer, die Gefahr laufen, aus dem System zu rutschen, wollen etwas bewegen. Sie scheitern aber immer wieder an den Rahmenbedingungen."

Minderjährige im Blick

Wenn Burkhard Czarnitzki gleich um die Ecke vom Bahnhof mal schnell auf dem Balkon seines Büros im sechsten Stock eine selbstgedrehte Zigarette durch die Lungenflügel pumpt, sieht er in der Ferne die Hochhaussilhouetten einiger Trabantenvorstädte. Czarnitzki ist Leiter der Abteilung Jugendsozialarbeit bei „basis & woge", einem staatlich anerkannten großen Träger sozialer Dienstleistungen in Hamburg, der seit 20 Jahren die Einrichtung KIDS als Anlaufstelle für Straßenkinder betreibt und – anders als „Off Road Kids" – Minderjährige im Blick hat. Viele stammen aus Vierteln wie jene, auf die Czarnitzki von seinem Balkon aus blickt, andere oft aus dem Hamburger Speckgürtel.
600 Jugendliche, mehr Mädchen als Jungen, hat KIDS im vergangenen Jahr betreut, die zweithöchste Zahl seit Bestehen des Projektes. Nicht nur die absolute Zahl der Straßenkinder steige, so Czarnitzki, auch Belastungsfaktoren wie Armutsfolgen und psychische Probleme müsse man immer häufiger feststellen. Im vergangenen Sommer hat KIDS begonnen, psychische Probleme statistisch zu erfassen. Erste Interpretationen ließen „den Schluss zu, dass es einen sehr hohen sozialpädagogischen Unterstützungsbedarf" gebe. Jugendhilfe müsse daher umsteuern und „rechtzeitig anfangen, Straßenkarrieren zu verhindern". Czarnitzki betont „rechtzeitig".
Ein paar Tage nach dem ersten Besuch am Hamburger Bahnhof. Auch an diesem Nachmittag hockt Robin mit seiner Gruppe wieder vor dem Haupteingang. Dicht bei ihm das aus Dortmund abgehauene Mädchen. Seit einigen Abenden fährt sie immer mit ihm zurück in die Vorstadt, um sich dort nachts ein paar Stunden vom Bahnhofsleben zu erholen. „Gestern", sagt Robin, „haben wir auch unter einer Decke geschlafen." Das Mädchen lächelt, sagt aber nichts.

Peter Brandhorst,
freier Journalist

***www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Entkoppelt_vom_System.pdf**

Ende der Willkür

// Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg hat die angeordnete erhöhte Pflichtstundenzahl für Gymnasiallehrkräfte in Niedersachsen am 9. Juni gekippt (s. E&W 7-8/2015). Das Urteil hat für die Arbeitszeitregelungen in allen Bundesländern grundsätzliche Bedeutung. //

Das OVG hatte den Klagen von neun Gymnasiallehrkräften aus Niedersachsen stattgegeben und die Verordnung der rot-grünen Landesregierung, die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Stunden anzuheben, für rechtswidrig erklärt. Damit hat ein Gericht zum ersten Mal mit der seit den 1970er-Jahren geltenden Rechtsprechung zur Arbeitszeit von Lehrkräften gebrochen.

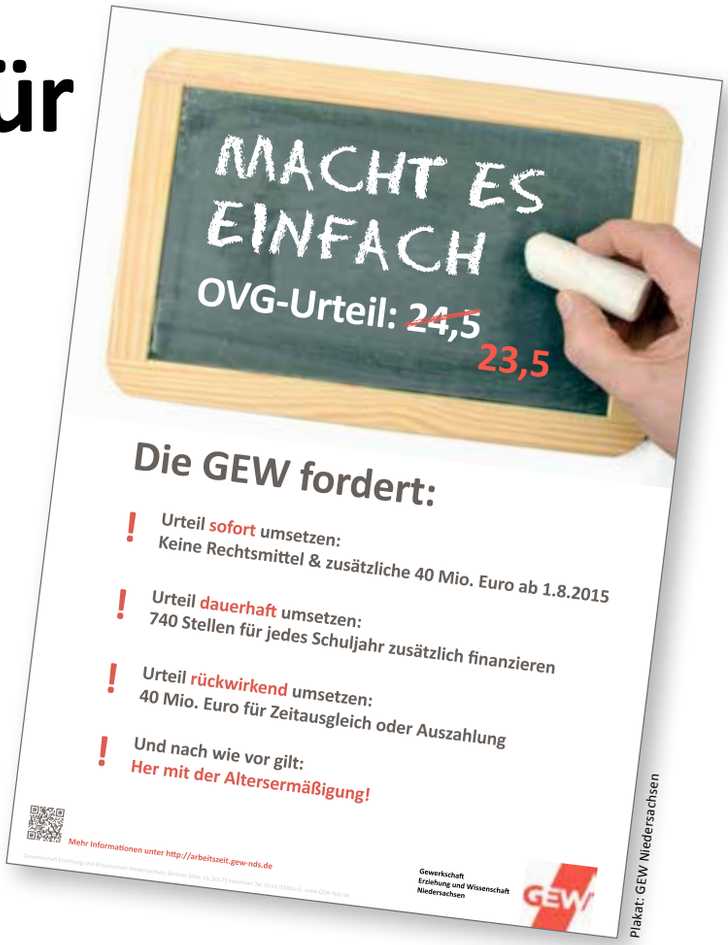
Die GEW Niedersachsen betont in ihrer Stellungnahme: „Mit diesem Urteil wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte dem Gutdünken des Regierungshandelns entzogen. Darin liegt die grundsätzliche Bedeutung des Urteils vom 9. Juni auch für andere Gruppen von Lehrkräften." Künftig unterliegen Arbeitszeitverordnungen der Kultusministerien strengen Anforderungen. Außerunterrichtliche Tätigkeiten müssen mit angemessenen Mitteln erfasst werden.

Rückwirkend gelten für die Gymnasiallehrkräfte Niedersachsens wieder 23,5 Wochenstunden. Die zu viel geleisteten Unterrichtsstunden muss das Land zurückerstatten – in Arbeitszeit oder Geld. Die Landesregierung will nach dem Urteilsspruch 750 Gymnasiallehrerinnen und -lehrer zusätzlich einstellen, um den durch den Wegfall der erhöhten Pflichtstundenzahl vorhandenen Unterrichtsbedarf zu kompensieren.

Die Richter folgten in ihrer Urteilsbegründung der GEW-Argumentation. Sie wandten sich damit von der traditionellen juristischen Betrachtungsweise ab, nach der das Land als Verordnungsgeber nahezu grenzenlos Unterrichtsverpflichtungen für Lehrkräfte festlegen kann. Das OVG zog für seine Begründung auch Kriterien aus neueren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zur Besoldung von Richtern und Hochschullehrkräften heran. Demnach gebiete es die Fürsorgepflicht nach Art. 35 Abs. 5 Grundgesetz, so die Richter, dass beamtenrechtliche Entscheidungen „prozedural" abgesichert werden müssen. Die Regelungen des Verordnungsgebers dürften nicht willkürlich sein und müssten „nach pflichtgemäßem" Ermessen erfolgen. Das habe das Land Niedersachsen missachtet.

Strenge Anforderungen

Das Gericht kritisierte ferner, dass das Land im Vorfeld keine verlässlichen Daten über die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrkräfte erhoben habe, bevor es die Unterrichtsstunden erhöhte. Die Behauptung des Kultusministeriums, die zusätzliche Unterrichtsverpflichtung führe nicht zu einer erhöhten Gesamtarbeitszeit, sei nicht empirisch überprüft worden. Das Gericht wies in dem Zusammenhang auf zahlreiche zusätzliche Aufgaben hin, die der Dienstherr Gymnasiallehrkräften in den vergangenen Jahren übertragen habe und die die Arbeitszeit verlängerten. Um diese genau zu ermitteln, hätte das Land auch auf die Selbstaufzeichnungen der Lehrkräfte zurückgreifen können. Das sei ein durchaus geeignetes Instrument, den außerunterrichtlichen Arbeitsaufwand zu erfassen, so das OVG.



Plakat: GEW Niedersachsen

Konsequenzen

Fest steht: Landesregierungen wird es künftig schwerfallen, an der Schraube der Unterrichtsverpflichtung zu drehen. Allerdings: In Niedersachsen konnte geklagt werden, weil es sich um eine „frische" Arbeitszeitverordnung handelte. Die GEW prüft nun, ob auch „alte" Verordnungen Gegenstand eines rechtlichen Vorgehens sein können. Das Urteil liefert der Gewerkschaft auf jeden Fall gute Argumente, Belastungen der Lehrkräfte abzubauen, insbesondere deren Unterrichtsverpflichtungen zu verringern.

Der Lüneburger Richterspruch passt gut zu einer Arbeitszeitstudie, die Sozialwissenschaftler der Universität Göttingen zurzeit im Auftrag der GEW Niedersachsen erstellen (s. E&W 5/2015). 3 000 Kolleginnen und Kollegen an 250 Schulen beteiligen sich ein Jahr lang an der Untersuchung. Der Landesverband erhofft sich von der Auswertung verlässliche Erkenntnisse über die reale Zeitbelastung der Lehrerinnen und Lehrer.

Eberhard Brandt,
Vorsitzender der GEW Niedersachsen

Neues Schuljahr, altes Übel

// Auch im neuen Schuljahr bleibt Lehrermangel eines der großen Probleme des deutschen Bildungswesens. Allein in neun der 16 Bundesländer summiert sich der Fehlbestand nach Angaben der GEW-Landesverbände auf fast 6 000 Stellen, ein gutes Drittel davon in Bayern. Der Herausforderung, die Kinder hunderttausender Flüchtlinge möglichst rasch durch Bildung zu integrieren, werde die Personalpolitik der Länder nur unzureichend gerecht, kritisiert die GEW. //

Große Ausnahme und Lichtblick ist Baden-Württemberg, wo in diesem Herbst mehr als 5 700 neue Lehrkräfte ihren Dienst angetreten haben, so viele wie seit den 1970er-Jahren nicht mehr. „Eine sehr gute Nachricht“, meint die GEW Baden-Württemberg, die zudem einen generellen personalpolitischen Kurswechsel der grün-roten Landesregierung im Bildungswesen begrüßt.

Baden-Württemberg

War bisher geplant, im Zeitraum zwischen 2013 und 2020 11 602 Lehrerstellen einzusparen, so sollen davon jetzt 8 506 erhalten bleiben. „Wir stehen vor dem ersten Schuljahr seit vier Jahren, in dem keine Stellenstreichungen drohen“, so die Gewerkschaft. Von 2016 an soll der Abbau erheblich geringer ausfallen als veranschlagt, so dass insgesamt nur knapp 3 100 Stellen entfallen werden.

Die Landesregierung reagiert darauf, dass der prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen vor allem durch Zuwanderung stark gebremst wird. Zumindest einige Bereiche des Bildungswesens leiden aber auch im Südwesten weiterhin unter Personalknappheit. Viele der angebotenen Stellen könnten nicht besetzt werden, weil sich für bestimmte Schularten, Fächer und Regionen zu wenige Bewerberinnen und Bewerber meldeten, stellt die GEW fest. Davon betroffen seien vor allem Sonderschulen.

Thüringen und Berlin

Auch Thüringen hat neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, fast 500 in diesem Jahr, wie im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart. Das sind zwar so viele wie noch nie seit 1991, laut GEW-Landesverband aber immer noch zu wenige, um die Zahl der Abgänge zu kompensieren. Unterm Strich schrumpfe damit der Personalbestand weiter, heißt es. Um wirksam Abhilfe zu schaffen, hält es die GEW Thüringen für erforderlich, jährlich mindestens 800 neue Lehrkräfte einzustellen.

In Berlin fehlt an 58 Schulen, die sich an einer Umfrage des GEW-Landesverbandes beteiligt haben, im statistischen Durchschnitt jeweils eine Lehrkraft, um bedarfsdeckenden Unterricht anbieten zu können. Allein an den Schulen des Bezirks Berlin-Mitte waren zu Schuljahresbeginn unterschiedlichen offiziellen Angaben zufolge 13 bis 19 Lehrkräfte zu wenig eingesetzt.

Seit Jahren werde der Bedarf durch das Angebot ausgebildeter Lehrkräfte in der



Cartoon: Freimut Woessner

Hauptstadt nicht mehr gedeckt. Zumal, da viele von ihnen nach dem Referendariat die Stadt verließen, erklärt die GEW Berlin. Ein dramatischer Personalmangel drohe besonders den Grundschulen. Sie benötigten von diesem Schuljahr an bis 2018 mehr als 3 700 neue Lehrerstellen. In diesem Zeitraum würden in Berlin jedoch nur etwa 470 Lehramtsstudierende für die Grundschulen ausgebildet.

Hamburg und Sachsen

Die Hamburger Schulen brauchen nach Schätzung der GEW in der Hansestadt etwa 550 zusätzliche Stellen, um den Ansprüchen eines inklusiven Unterrichts gerecht zu werden.

In Sachsen hat die Regierung zwar über 1 000 neue Lehrkräfte eingestellt, zugleich aber 755 in den Ruhestand verabschiedet. Damit bleibe unter dem Strich ein magerer Zuwachs von rund 200 Vollzeitstellen, konstatiert die GEW Sachsen: „Angesichts eines Schülerzuwachses von mehr als 6 000 und der hohen, im Lauf des Schuljahres noch weiter wachsenden Zahl schulpflichtiger Flüchtlingskinder ist das nur ein Tropfen auf den sehr heißen Stein.“ Erforderlich seien mindestens 300 zusätzliche Lehrerstellen.

Schleswig-Holstein und Bremen

Die GEW Schleswig-Holstein mahnt 950 neue Stellen an, allein um der Umsetzung der Inklusion Rechnung zu tragen. Für den Unterricht der vielen Flüchtlingskinder sei darüber hinaus weiteres Personal nötig. Vor diesem Hintergrund sei es zwar begrüßenswert, so der Landesverband, dass sich die Regierung entschlossen habe, in den nächsten zwei Jahren 968 Lehrerstellen weniger zu streichen als bisher geplant. Sie müsse aber den „sogenannten Stellenabbaupfad“ endgültig verlassen: „An Schleswig-Holsteins Schulen gibt es nichts zu streichen.“

Der Bremer Senat will bis Jahresende 75 neue Lehrkräfte für den Unterricht minderjähriger Flüchtlinge einstellen. Die GEW der Hansestadt hält die doppelte Anzahl für notwendig, um den Bedarf zu decken: „Nur mit einer angemessenen, verlässlichen personellen Ausstattung können qualifizierte Sprachfördermaßnahmen organisiert, traumatisierte Kinder und Jugendliche unterstützt und mehr Klassen eingerichtet werden.“

Hessen, Sachsen-Anhalt, Bayern

Mindestens 400 Lehrkräfte fehlen nach Angaben der GEW Hessen an den Schulen des Landes. Die „Demografie-Rendite“, also die Erwartung von Einsparpotenzialen durch sinkende Schülerzahlen, sei „ein Märchen aus vergangenen Zeiten“, stellt der Landesverband fest.

Eine „sich weiter verschlechternde Unterrichtsversorgung“, sogar „das schlechteste Unterrichtsangebot seit Jahrzehnten“ bemängelt die GEW Sachsen-Anhalt. Das Land verfüge in diesem Schuljahr über weniger Lehrkräfte als im vorigen, obwohl die Schülerzahl um 3 000 gestiegen sei und durch Zuzug von Flüchtlingen weiter wachsen werde. Deshalb benötige Sachsen-Anhalt fast 1 000 Lehrkräfte mehr.

Eine „riesige personelle Lücke“ diagnostiziert zum Schuljahresbeginn auch die GEW Bayern. Hier müsse die Landesregierung nach Ansicht des Landesverbandes bis zum Jahr 2018 mindestens 2 200 zusätzliche Planstellen schaffen, darunter sollten sofort 1 000 für den Unterricht von Flüchtlingen an Berufsschulen bereitstehen. Angesichts des Bedarfs sei die hohe Arbeitslosigkeit junger Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat ein Skandal, kritisierte die Gewerkschaft. So hätten in diesem Jahr nur drei Prozent der Absolventinnen und Absolventen für den Realschuldienst eine feste Stelle bekommen, lediglich ein Prozent der jungen gymnasialen Deutschlehrkräfte habe einen fixen Arbeitsvertrag erhalten.

Winfried Dolderer,
Historiker und Publizist







Franziska Reichenbach, gerade mit der Uni fertig, gibt, als eine der Ehrenamtlichen des Projektes „Teachers on the Road“, ersten Sprachunterricht für Flüchtlinge: „… eine große Herausforderung“.

Foto: Maria Obermaier

Mehr als Sprache

// In vielen Städten bietet das Projekt „Teachers on the Road“ ehrenamtlich Sprachkurse für Flüchtlinge an. Doch es geht bei dieser „Nothilfe“ um mehr als nur darum, Deutsch zu lernen. //

Der Unterricht hat längst begonnen, doch immer wieder geht die Glastür auf und neue Schülerinnen und Schüler spazieren herein. Sie rücken weitere Tische über den grauen Teppich heran, schieben die schwarzen Lederstühle dichter aneinander. Nach und nach füllt sich der Konferenzraum in der Frankfurter IG Metall-Zentrale. Die Menschen kommen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia, Ghana oder anderen Ländern – und wollen Deutsch lernen. Das Projekt „Teachers on the Road“ bietet kostenlose Sprachkurse für Flüchtlinge an. Doch es geht um viel mehr. „Unser Anspruch ist, die Isolation Zufluchtsuchender zu durchbrechen“, sagt Projektleiter Uli Tomaschowski. Das Interesse ist groß. Auf beiden Seiten. Alleine in Frankfurt am Main gibt es elf Stadtteilgruppen. In vielen Städten gründeten sich lokale Ableger, etwa in Mainz, Darmstadt, Ludwigshafen und Leipzig. Und ständig meldeten sich viele Menschen – Studierende, Schüler, Senioren, Teilzeit-Berufstätige –, die ehrenamtlich mitmachen wollten, so Tomaschowski. „Es ist einfach Wahnsinn.“

Insgesamt engagierten sich bei dem Projekt schon rund 350 Freiwillige, 150 davon in Frankfurt. Hier im Gallusviertel ist der Andrang so groß, dass an fünf Abenden pro Woche mehrere Kurse parallel stattfinden. Meist kommen pro Abend etwa 70 Flüchtlinge. Im Nebenraum werden absoluten Anfängern die Basics beigebracht: „Wie heißt du?“ – „Wie alt bist du?“ – „Wo wohnst du?“ Einige müssen erst einmal das lateinische Alphabet lernen. Es ist mucksmäuschenstill, die Schülerinnen und Schüler hören aufmerksam zu. Ob sie alles soweit verstanden haben, will die Lehrerin wissen. Alle nicken. „Ja, ja, ja“, ruft ein junger Mann im grünen Kapuzenpulli froh.

Nebenan büffelt ein Junge aus Afghanistan im Einzelunterricht Mathe, um sich auf die Aufnahmeprüfung für die Realschule vorzubereiten. Und im großen Seminarraum versucht Franziska Reichenbach, mit über 20 Schülerinnen und Schülern ein Wörterratespiel zu spielen. Sie spricht langsam, betont jedes Wort. „Es macht großen Spaß“, sagt die junge Frau, die gerade erst mit der Uni fertig ist. „Aber es ist auch eine Herausforderung. Total.“ Sie habe ja keine didaktische Ausbildung, und die Flüchtlinge hätten sehr unterschiedliche Sprach- und Bildungsniveaus. Hinzu komme, dass viele auch kein Englisch verstehen. Es sei nicht der Anspruch von „Teachers on the Road“, einen professionellen Sprachkurs zu ersetzen, betont der Projektleiter. Seine Initiative fordere, dass die Flüchtlinge ab ihrem ersten Tag in Deutschland von „gut ausgebildeten und gut bezahlten Lehrkräften“ unterrichtet werden. Aber: „Solange das nicht der Fall ist, lassen wir sie nicht hängen.“ Vor zwei Jahren machte Tomaschowski mit einigen Mitstreitern eine Tour durch Flüchtlingsunterkünfte und fragte die Menschen nach ihren Anliegen. Viele wünschten sich, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen. Doch solange ihr Asylverfahren nicht entschieden sei, hätten sie kein Anrecht auf einen Kurs, berichtet der Aktivist. Deshalb rief er 2013 „Teachers on the Road“ ins Leben. „Es ist bitter, dass der deutsche Staat hier so versagt“, findet er.

„Wir leisten Nothilfe“

Der Student Timur Beygo, der bei dem Projekt mitmacht, betont: „Es ist Nothilfe, die wir leisten.“ Damit Flüchtlinge sich im Alltag verständigen, Einkaufen oder zum Arzt gehen können. Die freiwilligen „Lehrkräfte“ begleiten diese auch bei Behördengängen oder helfen bei der Wohnungssuche. „Hauptsächlich geht es darum, die Menschen mal aus ihren Unterkünften rauszuholen“, so Beygo. Deshalb veranstalten die „Teachers on the Road“ auch Grillfeste, gehen gemeinsam mit den Kursteilnehmenden ins Theater und Museum. Dabei entstünden soziale Netzwerke, Freundschaften, berichtet der Student. „Das funktioniert wunderbar.“

Auch Brikti aus Eritrea ist froh über das Angebot. Seit einem Monat nimmt die 24-Jährige jeden Tag am Deutsch-Sprachkurs teil. Hier habe sie nicht nur neue Freundinnen gefunden, erzählt Brikti. Es sei auch viel besser, als „nur Zuhause rumzusitzen“.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Mehr Infos unter: https://nksnet.wordpress.com oder Telefon 0173 8315758

Voneinander lernen

// Ein Praxisprojekt an der Frankfurter Goethe-Universität vermittelt angehenden Lehrkräften Kontakte zu jungen Migranten und Flüchtlingen. Beide Seiten profitieren. //

Ruben Spari und Ali Reza trafen sich eine gewisse Zeit regelmäßig. Der Student unterstützte den Schüler bei den Hausaufgaben. Der Sohn eines Ehepaars aus dem Odenwald und der allein nach Deutschland geflüchtete Jugendliche aus Afghanistan sprachen aber auch „über Gott und die Welt“. Der Kontakt zu Ali Reza habe ihn nicht nur zu anderen Lebenswelten und Sichtweisen geführt, sondern ihm bewusst gemacht, wie Flüchtlinge auf Deutschland blicken und hier leben, sagt Spari. Der 24-jährige war für den 17-Jährigen so etwas wie ein großer Bruder und über mehrere Monate dessen einziger Ansprechpartner. Der Student half dem Schüler mit Aufenthaltsstatus, Deutsch zu lernen und sich auch sonst im Alltag zu orientieren.

Kennengelernt haben sich Ruben und Ali über ein Praxisprojekt der Goethe-Uni. Ein Programm, das vor zehn Jahren startete – mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche aus Familien mit und ohne Migrations- oder Fluchthintergrund zu fördern und angehenden Lehrkräften sowie Pädagoginnen und Pädagogen Praxiserfahrung zu ermöglichen. Studierende des Lehramts und der Erziehungswissenschaften unterstützen dabei als Mentorinnen und Mentoren Seiteneinsteiger beim Übergang in weiterführende Schulen und in die Arbeitswelt. Zweimal in der Woche treffen sich die Studierenden für je zwei Stunden mit Schülerinnen und Schülern, die die an dem Projekt beteiligten Schulen auswählen. Die Zeit nutzen die Tutorinnen und Tutoren für Nachhilfe in Deutsch und anderen Fächern, bereiten die Kinder und Jugendlichen gezielt auf Prüfungen vor, unternehmen aber auch mal gemeinsam etwas in der Freizeit. Im Idealfall werden die Studierenden zu wichtigen Bezugspersonen meist junger Migranten und Asylsuchender wie Ruben für Ali.

Das Praxisprojekt geht zurück auf Anfragen Frankfurter Schulen an die Fachbereiche Erziehungswissenschaften und Lehramt der Goethe-Universität. Die Hochschule wollte den Schulen aber nicht nur Studierende für Nachhilfestunden vermitteln. Die angehenden Pädagoginnen und Pädagogen sollen darüber hinaus durch ihre Erfahrungen im Schulalltag auch Qualifikationen für ihren späteren Beruf erwerben. So entwickelten die beiden Fachbereiche ein Förderprogramm, das angehende pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte für ihre künftige Arbeit fit macht. Wer an dem Projekt teilnimmt, wird in Seminaren der Didaktischen Werkstatt, der „Arbeitsstelle für Diversität und Unterrichtsentwicklung“, auf seine Aufgabe vorbereitet.

Vorbild für andere

Heute ist das Praxisprojekt als Wahlpflichtfach fester Bestandteil des Curriculums im Lehramtsstudium und wird von einer eigens dafür eingerichteten Geschäftsstelle des Fachbereichs Erziehungswissenschaften koordiniert. „Das ist das Besondere dieses Förderprogramms“, sagt Robert Bernhardt, pädagogischer Leiter des Praxisprojekts. Es gebe zwar an deutschen Universitäten etliche Projekte, die Studierende auf unterschiedliche Weise in die Schulpraxis einbinden, seines Wissens „aber nicht mit einer speziellen Arbeitsstelle, die alles koordiniert“.



Bisher hat das Programm 385 Studierende und 1 000 Schülerinnen und Schüler aus 32 Frankfurter Schulen zusammengebracht. Im vergangenen Schuljahr waren 50 Helferinnen und Helfer an sieben Schulen im Einsatz, fünfzehn unterstützten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Hilfe beim Lernen und die Alltagsbegleitung von Kindern und Jugendlichen, die alleine aus Krisengebieten nach Deutschland kommen, ist inzwischen zum festen Bestandteil des Programms geworden, in das bisher rund eine Million Euro aus Fördermitteln und Spenden geflossen ist.

„Es ist ein kleines, aber feines Projekt“, sagt Bernhardt, um angehende Pädagoginnen und Pädagogen zu befähigen, Empathie für „Schüler in schwierigen Lebenslagen“ zu entwickeln. „Wir wollen unsere Studierenden auf die interkulturellen Herausforderungen ihres künftigen Berufsalltags bestmöglich vorbereiten“, so der Leiter des Praxisprojektes. Er betont: „Interkulturelles Lernen sollte grundsätzlich ein Bestandteil der Lehrerausbildung in Deutschland werden.“ Das Frankfurter Programm trage als Modellprojekt dazu bei.

Canan Topçu,
freie Journalistin



„Demografischer Wandel“: In dem kleinen Dorf Golzow in Brandenburg rettete der Zuzug von drei syrischen Flüchtlingskindern die Schule vor der Schließung.

Foto: dpa

Schule im Wandel

// Sinkende Schülerzahlen auf dem Land, zunehmende Heterogenität in den Klassen der Ballungsgebiete und nicht zuletzt die wachsende Zahl der Flüchtlingskinder stellen Schule heute und künftig vor große Herausforderungen. Mit diesen hat sich Ende September eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Netzwerkes Bildung unter dem Motto „Die Schule der Zukunft“ in Berlin auseinandergesetzt. //

Wer „demografischer Wandel“ und „Bildung“ hört, denkt an Zwergschulen, jahrgangsübergreifendes Lernen und gleichsam beiläufige Inklusion: Wo wenig Schülerinnen und Schüler leben, werden diese doch wohl am besten an einem Ort unterrichtet. Schnell im Sinn sind auch verödete Regionen im Osten der Republik und die schöne Geschichte aus dem brandenburgischen 870-Seelen-Dorf Golzow, die neulich die Runde machte: Drei syrische Flüchtlingskinder retteten dort die neue erste Klasse und damit die Schule.

Während der Tagung konnte man viel über die „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Bildung“ lernen: Die Lage ist komplex. Wer auf die Grafiken des Bildungsforschers und langjährigen Verfassers des Nationalen Bildungsberichts Horst Weishaupt blickte, stellte fest: Ausdünnung gibt es an vielen Orten – auch im nördlichen Hessen, im südlichen Niedersachsen und in Bayern, wo im Regierungsbezirk Unterfranken binnen 15 Jahren die Schülerzahlen nahezu um 30 Prozent sinken sollen. Auf der anderen Seite boomen die großen Städte: Allein Berlin rechnet bis 2030 mit 60 000 zusätzlichen Schulkindern, für die die Stadt etwa 50 Grundschulen benötigt. Alle Großstädte werden laut Weishaupt einen demografischen Wandel durch den Zuzug von Flüchtlingen erleben, der kaum vorauszusagen ist. So kamen in Berlin allein innerhalb von zehn Tagen im September so viele Flüchtlinge an wie 2013 insgesamt. Um die Kinder und Jugendlichen in die Schulen zu integrieren, hat der Senat eine „Task Force“ gebildet. In jedem Bezirk, erklärte Senatsmitarbeiterin Marina Hennersdorf, brächten Anlaufstellen die Mädchen und Jungen unter: „Wir beschulen in der Schule, nicht in Heimen“, so Hennersdorf, „also brauchen wir freie Plätze, und, wenn es die nicht gibt, eine neue Willkommensklasse.“ Aus diesen Klassen, in denen Flüchtlingskinder mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen zuerst unter sich lernen, sollen sie so schnell wie möglich in den Regelunterricht wechseln.

Passgenaue Lösungen

Gefordert sind passgenaue Lösungen – allerorten. Renate Wiegandt, Leiterin der Otto-Hahn-Stadtteilschule in Hamburg-Jenfeld, schilderte, dass es der 1 500-Schüler-Schule nur mit einem vielfältigen Angebot gelinge, der zunehmenden „Stadtteilflucht“ bildungsbürgerlicher Eltern in den Großstädten entgegenzuwirken. Mit Begabtenförderung, Inklusion, Fokus auf Berufsorientierung und Studierfähigkeit, Sprachförderung, Interkultureller Erziehung, Lernwerkstätten – und alles ganztags. „Nur wenn wir das alles anbieten“, so Wiegandt, „können wir als Schule für eine Bandbreite von Schülerinnen und Schülern attraktiv sein und aus jedem Kind herausholen, was es kann.“

Letzteres ist eine Herausforderung, die sich ohnehin stellt. Der Bildungsökonom Dieter Dohmen rechnete vor, dass Deutschland 2020 drei Millionen mehr Akademiker benötige als 2010. 7,5 Millionen sogenannte funktionale Analphabeten und sieben Millionen Erwachsene ohne Ausbildung könne sich die Gesellschaft schlicht nicht leisten. Der Bildungsökonom forderte deshalb, das Bildungssystem „endlich ganzheitlich zu begreifen“: von der Kita, die bei Kindern, die jünger als drei Jahre alt sind, die Zielmarge von 40 Prozent längst noch nicht erreicht habe bis zu einer Kooperation von Schule, Ausbildung, Sozialarbeit und Jugendhilfe. Weishaupt regte an, den Fokus auf die meist vernachlässigten Berufsschulen zu richten. Das Fachklassenkonzept sei tödlich für den ländlichen Raum, es brauche „Mischklassenbeschulung“, eine Stärkung der Vollzeitschulen sowie der beruflichen Gymnasien. Strukturell solle Politik nachholende Qualifizierung von der Weiter- in die Berufsbildung verlagern.

Unisono wurde gefordert, die „demografische Rendite“ – das durch den Rückgang der Schülerzahlen eingesparte Geld – im Schulsystem zu lassen und für die Qualifizierung der Pädagoginnen und Pädagogen zu verwenden. Die Herausforderungen für Lehrkräfte und Schulleitungen seien „gigantisch“, so Dohmen. Die Kosten der benötigten Bildungsreformen bezifferte er auf 50 Milliarden Euro im Jahr.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

„Man muss vertrauen können“

// Die Gesamtschule Barmen in Wuppertal hat in diesem Jahr den Deutschen Schulpreis gewonnen. Die Barmener Erfolgsgeschichte ist kein Bildungsmärchen, sondern Verdienst einer intensiven Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen. //

Die Gesamtschule Wuppertal-Barmen liegt längs der Wupper, in der einst repräsentativen Innenstadt. Heute wirkt der Stadtteil wegen des Strukturwandels etwas „abgehängt“. Das Schulgebäude nimmt elegant den Schwung des nahen Flusses auf und setzt optisch einen klaren Bezug zur Umgebung. Die Stahlträger der Schwebebahn und die roten Backsteine der Wuppertaler Industriebauten fanden Eingang in die Architektur. Eine bodentiefe Glasfassade zieht sich über die gesamte Front des Gebäudes.

1 361 Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Stadtteilen lernen hier, unterrichtet von 121 Lehrkräften. Überdurchschnittlich viele Jugendliche wechseln in die Oberstufe, obwohl nur 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung starten. Und seit Jahren hat kein Abgänger die Schule mehr ohne Abschluss verlassen.

Im Gebäude ist es sehr grün und erstaunlich leise. Die üppig bepflanzten Beete schlucken viel von der eigentlichen Lautstärke. An der Gesamtschule legt man Wert auf ein gepflegtes Haus und eine individuelle Gestaltung. „Kinder brauchen visuelle Anreize, jenseits uniformer Ausstattung in Gummibuche“, lacht die Didaktische Leiterin Dorothe Block.

Soweit zur Architektur. Was aber läuft im Schulbetrieb anders? Mit dieser Frage sieht sich Schulleiterin Bettina Kubanek-Meis seit der Ehrung häufig konfrontiert. „Unabdingbar für unsere Arbeit“, so Kubanek-Meis, „ist die Einsicht, dass die Schüler-Lehrer-Beziehung das Wichtigste ist.“

Die zahlreichen Fortbildungen, vor allem in Hinblick auf den systemischen Ansatz, hätten viel bewirkt, fügt Block hinzu. Sie arbeitet seit 18 Jahren als Lehrerin an der Schule und hat zahlreiche pädagogische Ideen mit auf den Weg gebracht und umgesetzt. Zum Beispiel diese: In Barmen holt man sich qualifizierte Referentinnen und Referenten

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Weihnachtsoratorium in Leipzig

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Bach

11.12. - 13.12.2015 — 3-tägige Musikreise

ab € 385,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 78,- p. P.





Erleben Sie das vorweihnachtliche Leipzig und gönnen Sie sich einen Musikgenuss der ganz besonderen Art. Seien Sie dabei, wenn der Thomanerchor und das weltberühmte Gewandhausorchester in der Leipziger Thomaskirche, der historischen Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs, das Weihnachtsoratorium präsentieren. Geschrieben für das Weihnachtsfest im Jahr 1734 zählt das Oratorium heute zu den berühmtesten Werken des großen Komponisten und ist Ausdruck der Freude über die Geburt Christi. Tauchen Sie weiter ein in die Welt der Kunst und Musik und besuchen Sie das Museum der bildenden Künste, das zu den ältesten Kunstmuseen Deutschlands zählt. Lassen Sie sich im Wohn- und Sterbehaus Felix Mendelssohn Bartholdys Leben und Werk des berühmten Komponisten und Gewandhauskapellmeisters näher bringen. Reisen Sie mit uns nach Leipzig und besuchen Sie Orte großer Kunst und Musik.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtort nach Leipzig und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 2 Übernachtungen inkl. Frühstück im Hotel The Westin (****), oder gleichwertig
- ✓ 2-std. Stadtführung durch Leipzig
- ✓ Eintritt Museum der bildenden Künste inkl. Führung
- ✓ Eintritt Mendelssohn-Haus inkl. Kammerkonzert und Führung
- ✓ ts|medialog – Reisebegleitung (ab 20 Teiln.)

Wunschleistungen

- ✓ Konzertkarte „Weihnachtsoratorium” mit Thomanerchor und Gewandhausorchester in der Thomaskirche
  Kat.1: € 99,- p. P., Kat.2: € 88,- p. P.
  Kat.3: € 72,- p. P., Kat.4: € 50,- p. P.
- ✓ 1 x Abendessen im Hotel (3-Gänge-Menü)
  1 x Abendessen in „Auerbachs Keller“
  € 57,- p. P. (ab 10 Personen)
- ✓ Zuschlag 1. Klasse
  bei Bahnentfernung bis 400 km € 49,- p. P.
  darüber hinaus € 80,- p. P.

Fotos © LTM/ M. Bader, D. Brzoska; Bach-Archiv Leipzig/ G.Mothes

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96 768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

für Workshop-Tage an die Schule. Die Erfahrung: Im Team lernen die Kolleginnen und Kollegen nachhaltiger.

„Wir versuchen, Dinge umzusetzen, die zu unserer Schule passen“, erläutert Block. Beispielsweise seien die Scheiben der Aula zerkratzt worden. Ein Austausch der Fenster wäre zu kostspielig gewesen. Also suchten die Verantwortlichen nach einer machbaren Lösung und beklebten die Scheibe mit einer Folie, auf der auch das Schulmotto „SCHU-Le-MIT-WIR-KUNG“ zu lesen ist.

Sehr geholfen bei der Schulentwicklung habe auch das räumliche Zusammenlegen aller Klassen eines Jahrgangs zu einer sogenannten Jahrgangsstation, betont der stellvertretende Schulleiter Arne Brassat. Das fließende Raumkonzept erlaube Handlungs- und Bewegungsfreiheit. Den Jahrgangsstationen vorgelagert ist ein Teamzimmer für die Lehrkräfte. Für diese Besonderheit ist das Haus zwar nicht konzipiert, das hindert allerdings niemanden daran, Lehrmittelräume kurzerhand zu Teamzimmern umzufunktionieren. Dinge, die nicht für alle geregelt werden müssen, entscheiden die Jahrgangsteams selbstständig. Zudem: „Viele Innovationen generieren sich aus den Jahrgangsteams heraus“, verdeutlicht Kubanek-Meis.

Auf den Fluren ist es wieder ruhig. Der Unterricht hat begonnen. Auch hier geht die Schule seit neun Jahren andere Wege. Statt im üblichen 45-Minuten-Takt lernen die Klassen in fünf Lerneinheiten à 65 Minuten pro Tag. Das ermögliche ein entspannteres Lernen, das sich eher am Biorhythmus der Kinder und Jugendlichen orientiert. „Wir entwickeln aus den Jahrgangsteams ganze Unterrichtspartituren“, berichtet Brassat. Der Fächerwechsel pro Tag reduziere sich dadurch erheblich.



Fotos: Annette Etges

Kein „Bildungsmärchen“, sondern außen wie innen: Vorbild: die preisgekrönte Wuppertaler Gesamtschule Barmen



Visuelle Anreize, individuelle Gestaltung: Eine bodentiefe Glasfassade zieht sich über die gesamte Front des Schulgebäudes. Innen ist es sehr grün und leise. Die üppig bepflanzten Beete schlucken viel von der eigentlichen Lautstärke.

Außerdem haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, in Absprache den Unterricht zu verlassen und selbstständig zu lernen. Wo sie das tun, bleibt ihnen überlassen. Die einen sitzen auf dem Fußboden des Flures, andere arbeiten an einem Stehtisch in der Eingangshalle oder draußen am Schulteich. Die frei gewählten Lernorte funktionieren. Ob alleine oder in der Gruppe, überall wird konzentriert gearbeitet. Lachend sagt die Schulleiterin: „Manchmal muss man einfach Vertrauen haben.“

Aktiv in der Mittagspause

Es läutet zur 70-minütigen Mittagspause. Viele Kinder und Jugendliche stehen vor der Mensa, in der zwei Köche täglich Essen frisch zubereiten. Diese Zeit können Mädchen und Jungen für zahlreiche weitere Aktivitäten nutzen. Zur Auswahl stehen über 50 Arbeitsgemeinschaften und mehr als zehn offene Ganztagsangebote.

Zum Beispiel die Chorstunde: Aus einem Raum ist glockenheller Gesang zu hören. Rund um einen Klavierspieler stehen dicht gedrängt Mädchen und

singen. Die Intimität dieser Situation wird – das erstaunt – auch nicht von den Kindern gestört, die über den Flur toben oder ihre Köpfe neugierig zur Tür rein stecken. In anderen Räumen haben sie Gelegenheit zu steppen, sich zu entspannen, Improvisationstheater zu spielen oder zu klettern.

Auch auf dem Schulhof und den Gängen ist einiges los. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Integrationshelfer, ehrenamtliche Mitarbeiter, auch Studentinnen und Studenten halten ein schier unerschöpfliches Arsenal an Spieleklassikern bereit. Finanziert werden diese Stellen etwa durch die zahlreichen Preisgelder, die die Schule immer wieder gewinnt.

Rina Campos steht im Mittelgang und lächelt trotz des Trubels freundlich. Sie betreut die Schülertoiletten und sorgt in den Pausen dafür, dass es in den Erfrischungsräumen achtsam zugeht. Auch ihre Stelle hätte ohne zusätzliches Geld nicht geschaffen werden können.



Chorstunde in der Mittagspause: Alle können teilnehmen …

Viele kleine Details tragen so zum Erfolg der Schule bei. „Es ist ein Netz aus Bezügen, die ineinandergreifen und sich glücklich fügen“, erklärt Kubanek-Meis. Dazu gehöre auch eine wertschätzende Arbeitsumgebung für das Lehrerkollegium – und ein nettes Ambiente. So trifft sich das Kollegium gerne an einem hohen nierenförmigen Tisch im Lehrerzimmer zum entspannten Austausch. Auch dieses eher ungewöhnliche Mobiliar trägt zur guten Atmosphäre bei.

Der Deutsche Schulpreis

Den Deutschen Schulpreis hat die Robert Bosch Stiftung gemeinsam mit der Heidehof Stiftung 2006 ins Leben gerufen. Intention der Stifter: pädagogischen Konzepten und Ideen eine Öffentlichkeit zu verschaffen, von denen auch andere Einrichtungen profitieren können.

Grundlage des Wettbewerbs sind sechs Qualitätskriterien, nach denen die Schulen bewertet werden: Leistung, Umgang mit Vielfalt, Unterrichtsqualität, Verantwortung, Schulleben sowie Schule als lernende Institution.

Zu einem pädagogisch herausragenden Schulprofil gehören nach Auffassung der Jury als Kriterien auch ein gutes Schulklima, ein gutes Miteinander und gegenseitiges Vertrauen. Gute Schulen zeichnen sich aus ihrer Sicht außerdem durch eine führungsstarke, aber demokratische Organisation aus. Die Zeitschrift „stern“ und die ARD sind Medienpartner des Preises. R.H.

Neue Kolleginnen und Kollegen lädt die Schulleitung schon vor Vertragsbeginn ein, sich zum Abschluss des Schuljahres vorzustellen. Auch im weiteren Verlauf erfahren „die Neuen“ eine engmaschige Unterstützung. Es gibt Einführungsveranstaltungen, die Abteilungsleiter der Jahrgänge, zuständig für die Koordination organisatorischer und pädagogischer Arbeit, stellen Informationsmappen mit Regelungen und Ansprechpartnern zusammen. Sie stehen ihren künftigen Kolleginnen und Kollegen mit Rat zur Seite.

„Update“ für Lehrkräfte

Das neue Schuljahr begann mit einem „Update“ für alle Lehrerinnen und Lehrer. Was gilt weiter an unserer Schule? Was müssen wir verändern? Was ist wichtiger geworden? An der Diskussion sind ebenso Schüler- und Elternvertreter beteiligt.

Die Schulleitung tritt in Sechser-Formation an und agiert beschlusskräftig. „Uns hat gut getan“, sagt Block, „Diskussionen kurzzuhalten. Wir sehen uns die Themen an, die auf der Agenda stehen, mehrmals, aber wenn wir keine Entscheidung treffen können, legen wir die Sache zunächst ad acta. Ein Schulbetrieb wie unserer kann sich eine schleppende Entscheidungsfindung nicht leisten.“

Es läuft derzeit gut in Wuppertal, aber es gibt immer noch Verbesserungsbedarf. „Das betrifft die Überbürokratisierung einzelner Vorgänge genauso wie gute Ideen von oben, die das System Schule in der Realität oft überfordern“, so Schulleiterin Kubanek-Meis. Inklusion sei dafür ein leidiges Beispiel. Da müsse dringend nachgesteuert werden. „Wir können den Sachverstand der Sozialpädagogen bei der Umsetzung inklusiven Unterrichts leider nicht nutzen, weil wir kaum welche haben“, bedauert Kubanek-Meis.

Was sie in Barmen mit den 100 000 Euro des Deutschen Schulpreises machen wollen, ist noch nicht klar. Sicher aber ist: Sie investieren das Geld ins „Wir“.

Roma Hering,
freie Journalistin



… oder sich im Klettern erproben.

Kein Zimmer frei?!

// Preiswerter studentischer Wohnraum ist knapp – was zu kuriosen Angeboten führt. //

Kaminofen und Spülmaschine, freigelegtes Fachwerk im Wohnzimmer, insgesamt 140 Quadratmeter für vier WG-Bewohner: Wer als Studentin oder Student in den sandsteinfarbenen Altbau an der Remscheider Straße in Wuppertal-Ronsdorf zieht, zahlt mit 225 Euro kalt vergleichsweise wenig für einen luxuriös ausgestatteten WG-Platz. Max Neubert war der erste, der sich für die frisch renovierte Wohngemeinschaft entschieden hat – und für einen ganz besonderen Deal: „Um hier zu wohnen, muss man gleichzeitig aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr sein“, erzählt Max, der an der Uni Wuppertal studiert. Tatsächlich nutzt die Feuerwehr die WG, um Nachwuchs zu gewinnen – und entlastet im Gegenzug den Wuppertaler Wohnungsmarkt, auf dem es zu Beginn des Wintersemesters erneut ziemlich eng wird.

Die Wuppertaler Brandbekämpfer stoßen damit geschickt in eine Lücke, die sich derzeit wieder in fast allen Hochschulstädten auftut: Es gibt einfach nicht genügend günstigen Wohnraum für den akademischen Nachwuchs. Die Situation sei aktuell „einen Tick schlechter“ als vor einem Jahr, sagt Petra Mai-Hartung, Geschäftsführerin des Studentenwerks Berlin: Anfang September hatte sie für die Wohnheimplätze in Berlin rund 2 000 Bewerberinnen und Bewerber auf der Warteliste und damit 500 mehr als zum gleichen Zeitpunkt 2014. Und klar ist: Bis in die ersten Semesterwochen hinein wird die Nachfrage noch steigen. „Die Suche nach einer passenden Bleibe wird im beliebten Berlin immer schwieriger“, sagt Mai-Hartung, „preiswerte Wohnungen sind rar.“ In den nächsten Jahren sollen in der Hauptstadt 5 000 neue Studentenwohnungen, vom Land finanziert, entstehen. Zusätzlich werden die Wohnheimplätze ausgebaut: „Damit soll der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Studierende, deren Miete sich am BAföG-Bedarfssatz orientiert, verkleinert werden“, heißt es beim Studentenwerk.

Doch auch dann werden längst nicht alle Neuankömmlinge eine bezahlbare Bleibe gefunden haben. Es wird weiterhin Studenten wie Gregor geben, der an der Berliner Humboldt-Universität „Integrated Natural Resource Management“ studiert und sich ehrenamtlich für Nachhaltigkeit engagiert. „Obwohl ich nebenbei arbeite und meine Eltern mich zum Teil unterstützen, reicht das Geld in manchen Monaten nicht aus“, sagt er achselzuckend. Ein Hauptfaktor sind seine Mietkosten. Der junge Berliner hat sich deshalb eine ganz individuelle Strategie ausgedacht, um seine monatlichen Belastungen zu senken: „Immer, wenn es knapp wird, vermiete ich mein Zimmer weiter und komme für einige Wochen bei Freunden unter“, erzählt Gregor. Seinen Vermieter um Erlaubnis gefragt hat er nicht, weshalb er lieber anonym bleiben möchte.

Provisorische Lösungen

Besonders in den bei Studierenden beliebten Großstädten ist der Wohnraummangel ein Thema – und beschäftigt auch die GEW-Aktiven vor Ort. So warnte etwa Doro Moritz, Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, schon zum vergangenen Wintersemester: „Anstatt sich voll auf das Studium konzentrieren zu können, müssen viele junge Menschen auf provisorische Lösungen ausweichen, weite Anfahrtswege in Kauf nehmen oder arbeiten, um sich die teuren Zimmer in Universitätsnähe leisten zu können.“ Zu einer guten Ausbildungssituation gehöre aber eben auch die Aussicht auf ein bezahlbares Zimmer: „Land und Kommunen müssen mehr tun und die Studierendenwerke brauchen höhere Zuschüsse“, so Moritz. Eine Forderung, die von Achim Meyer auf der Heyde unterstützt wird: Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW) beklagt schon seit Jahren, dass die Zahl Studierender weiter zunehme, die sozialen Begleitangebote wie etwa Wohnheimplätze aber nicht in gleichem Maß mit ausgebaut würden: „Während die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger seit dem Jahr 2007 bis heute um 50 Prozent gestiegen ist, wuchs die Zahl staatlich geförderter Wohnheimplätze nur um fünf Prozent.“ Allerdings gibt es mittlerweile, nicht zuletzt auch wegen des Drucks von Gewerkschaften und Öffentlichkeit, in mehreren Bundesländern Pläne zum Ausbau öffentlicher Wohnheimplätze. Meyer auf der Heyde: „Mehrere Bundesländer unterstützen die Studentenwerke durch Programme, voran in Bayern, aber unter anderem auch in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen.“ Wünschenswert sei darüber hinaus der Wiedereinstieg des Bundes in den Wohnheimbau – aus dem er sich in den 1990er-Jahren zurückgezogen hatte.

Insgesamt, schätzt der DSW-Generalsekretär, fehlen bundesweit mindestens 25 000 Wohnheimplätze, die dringend gebaut werden müssten. Dabei ist diese Zahl noch ziemlich niedrig angesetzt –

Ein Drittel für Miete

Studierende müssen in Deutschland rund ein Drittel ihres Budgets für die Miete ausgeben, so die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*. Besonders teuer ist das Wohnen im Süden und Südwesten Deutschlands. Rund elf Prozent der Nachwuchsakademiker leben im Wohnheim, ein knappes Drittel wohnt bei den Eltern, der Rest in einer eigenen Wohnung. „Die seit dem Jahr 2010 erstmals wieder angehobene BAföG-Wohnungspauschale ab dem Wintersemester 2016/17 ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Doro Moritz, GEW-Vorsitzende Baden-Württemberg. Bundesweit wird jeder dritte der etwa 190 000 Wohnheimplätze der Studentenwerke von einem ausländischen Gaststudierenden genutzt. A.H./E.P.

*www.sozialerhebung.de/erhebung_20/

denn sie berücksichtigt nicht den Zuwachs ausländischer Gaststudierender an deutschen Unis und FHs. Die leben zum größten Teil in Wohnheimen, weshalb Experten sogar davon ausgehen, dass man bis zu 45 000 neue Plätze benötige. Denn: „Ausländische Studierende haben ein deutlich geringeres Budget als deutsche. Sie haben zudem große Probleme, auf dem freien Wohnungsmarkt unterzukommen“, so Meyer auf der Heyde.

Dass günstiger Wohnraum fehlt, ist auch in diesem Herbst wieder ein bundesweites Problem zum Semesterbeginn. In Hannover suchten, Stand Anfang September, mehr als 1 600 Studentinnen und Studenten einen Wohnheimplatz. In München verloste das Studentenwerk – wie schon in den Jahren zuvor – 200 Zimmer unter Tausenden von Bewerberinnen und Bewerbern, die über das normale Verteilverfahren bisher nicht zum Zuge kamen. Und in Göttingen wirbt ein Linienbus dafür, private Unterkünfte an Studierende zu vermitteln, die dringend ein Dach über dem Kopf brauchen: „Zimmer frei? Studi herbei!“ heißt das Motto der Kampagne, daneben prangt groß die Telefonnummer der Vermittlungsstelle des Studentenwerks.

Problem verschärft

Das Problem ist – zumindest in den großen Universitätsstädten – präsent, und trotzdem wird die Lage auf dem Wohnungsmarkt manchmal noch unnötig verschärft. So wie in Münster, wo rund 50 ehemalige Wohnhäuser der britischen Armee bisher als Räumlichkeiten für etwa 150 Studierende dienten. Doch die Mietverträge laufen aus, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der die Gebäude gehören, will die Häuser verkaufen. Studentin Claire-Marie Wollschläger-Richter hat deshalb mit anderen Bewohnern einen offenen Brief an die Stadt geschrieben, in dem sie die Kommune auffordert, sich für den Erhalt der Häuser als Wohnraum für Nachwuchsakademiker einzusetzen. Besonders studentische Familien seien hier seit 2012 untergebracht: „Studierende mit Kindern haben es besonders schwer, in Münster bezahlbare Wohnungen zu finden.“

Der Mangel an Wohnungen mit preiswerter Miete führt deshalb fast zwangsläufig zu Angeboten, die über das Sozialleben in normalen Wohnheimen oder WGs deutlich hinausgehen. Sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr in Wuppertal; sei es bei Burschenschaften, die günstige Zimmer anbieten, um Erstsemester zu ködern. Oder sei es der Hersteller eines Kräuterlikörs, der in Stuttgart zuletzt fünf Wohnheimplätze in einer zentral gelegenen, großräumigen 155-Quadratmeter-Wohnung anbot – mietfrei und mit kostenloser Schnapsversorgung, allerdings verbunden mit der Auflage, dass die studentischen Bewohner als „Markenbotschafter“ für den süßen Likör auftreten. Ein Jahr lang könne man „in der geilsten WG der Welt“ umsonst leben, feiern, trinken „und vielleicht auch studieren“, heißt es im Werbefilm des Likörproduzenten.

Armin Himmelrath, Eleonora Pauli,
freie Journalisten



Auf Zimmersuche

Foto: imago

Unheimliche Strahlkraft

// Malala Yousafzai aus Pakistan hat 2014 den Friedensnobelpreis bekommen (s. E&W 11/2014). Jetzt hat Regisseur Davis Guggenheim einen Film über das Leben der jungen Frau und ihr Anliegen gedreht: Schulbildung für alle, insbesondere für die häufig ausgeschlossenen Mädchen – zum Beispiel in Ländern wie Pakistan. Der Dokumentarfilm „He named me Malala“ kommt in Deutschland am 22. Oktober in die Kinos. //

Malalai ist die Heldin der afghanischen Paschtunen. Die Legende erzählt, dass diese junge Frau während einer entscheidenden Schlacht im Krieg gegen die Briten 1880 ihren Schleier als Fahne erhob und die vor den Feinden bereits fliehenden afghanischen Soldaten mit einem flammenden Kampfruf erneut voran und schließlich in den Sieg trieb. Sie selbst kam im Kugelhagel um.

Malala. Ein kriegerischer Name. Das sieht auch der Großvater der kleinen Malala Yousafzai so, die 1997 im pakistanischen Swat-Tal geboren wird: „Er bedeutet Kummer“, urteilt er. Doch Malalas Vater beharrt darauf, seiner Tochter den Namen in Anlehnung an die paschtunische Heldin Malalai zu geben, die für ihre Ideale und für die Ehre in den Tod ging.

Malalas Geschichte ist um die Welt gegangen: Schon als Elfjährige schrieb sie für den britischen Sender BBC ein Blog-Tagebuch über ihren Alltag im Taliban-besetzten Swat-Tal, in dem sie sich leidenschaftlich dafür einsetzte, dass Mädchen zur Schule gehen dürfen. Bestärkt hat sie darin ihr Vater Ziauddin Yousafzai, selbst Betreiber einer Schule.

Am 9. Oktober 2012 hielt ein Taliban-Terrorist Malalas Schulbus an, fragte: „Wer ist Malala?“ und schoss drei Mal. Er traf die 15-Jährige in die Stirn. Doch das tapfere Mädchen, das umgehend zur Behandlung nach England geflogen wurde, überlebte.

Magische Animationen

Regisseur Guggenheim hat Malala oft in ihrem neuen Heim in Birmingham besucht, das sie mit ihren Eltern und Brüdern bewohnt, begleitete sie auf ihren Reisen und sprach mit ihrer Familie, ihren Freundinnen. Entlang der Gespräche zeichnet er anhand vieler Archivfotos nach, wie die Taliban sich innerhalb weniger Jahre im Swat-Tal breit machten, die Scharia einführten, Schulbildung für Mädchen untersagten und Schulen, die sich widersetzten, in die Luft sprengten. Zusammengehalten werden die Interviews und Dokumentaraufnahmen durch gleichsam „magische“ Animationen: Sie erwecken die Heldentat der historischen Malalai von 1880 zum Leben und lassen Wortgirlanden aus dem Mund des Vaters tanzen, der sich als junger Mann von der Angst vor dem eigenen Stottern befreite und zum charismatischen Redner wurde.

Malalas Charme und der Zauber der animierten Szenen machen das Besondere dieses Dokumentarfilms aus, der eine allzu bekannte Geschichte nacherzählt und ihr nicht viel hinzuzufügen hat. Doch die Animationen schaffen die Bilder zu den Gefühlen der Akteure, machen Trauer und Wut ebenso greifbar wie Freude, Triumph und Liebe.

Und dann ist da Malala selbst. Während der Dreharbeiten 17 Jahre jung, ein liebenswerter Teenie, als der sie in vielen Szenen – kichernd, schüchtern die Hand vor den Mund ziehend – auch rüberkommt. Etwa als sie gefragt wird, ob sie ihren Eltern erzählen würde, wenn sie einen Freund hätte: Peinlich berührt und prustend weist sie die Vorstellung, einen Freund zu haben, weit von sich – und wirkt dabei naiver als die Mehrheit ihrer Altersgenossinnen. Jedenfalls der britischen.

Dabei ist in den meisten Köpfen die ganz andere Seite des jungen Mädchens präsent: ihr verblüffendes Charisma, ihre abgeklärte Gelassenheit. Der Film zeigt, wie sie ihr mit allen Wassern gewaschenes Diplomaten-Publikum ins Mark trifft, als sie vor den Vereinten Nationen in New York eine flammende Rede zur Mädchenbildung hält; wie die beinahe gleichaltrigen Schülerinnen bei ihren zahlreichen Schulbesuchen in aller Welt an ihren Lippen hängen, wenn sie zu ihnen spricht und ihre Zuhörerinnen am Ende fragt, welchen Beruf sie einmal erlernen wollen.

Für sie, Malala, ist es ganz selbstverständlich, dass auch Mädchen mit den schlechtesten Startbedingungen einmal Juristinnen, Ärztinnen, Lehrerinnen werden können – das drückt sie mit ihrer Haltung aus. Ganz unmittelbar gehen ihr Mut und ihr Selbstvertrauen auf ihre Zuhörerinnen über. Und dafür himmeln diese sie an.

In diesen wenigen Szenen wird deutlich, welche beinahe unheimliche Strahlkraft die junge Frau hat. Und machen damit klar, warum die Taliban so große Angst vor ihr haben.

Frauke Haß,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Filminstituts in Frankfurt a. M.



Plakat: Fox Searchlight

„He named me Malala“ – der Dokumentarfilm von Davis Guggenheim (USA, 2015) erzählt die Geschichte einer mutigen jungen Frau aus Pakistan, von Malala, der jüngsten Friedensnobelpreisträgerin aller Zeiten. Die DVD zum Film soll im März 2016 erscheinen.

„Den Rücken stärken“

// In einem öffentlichen Appell* solidarisieren sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der Forderung der Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsberufe (SuE) nach mehr Anerkennung und einer deutlichen Aufwertung ihrer Arbeit. Zugleich fordern die Unterzeichner den Bund auf, die Kommunen nicht alleine zu lassen. Ein Gespräch mit Initiator Professor Werner Thole, Universität Kassel. //

E&W: Ende August haben Sie einen Appell für die Aufwertung der Arbeit und eine bessere Bezahlung der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen gestartet. Inzwischen haben mehr als 160 namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschrieben. Ein beeindruckender Schulterschluss. Wie kam er zustande?



Foto: privat

Prof. Werner Thole

Werner Thole: Die Resonanz auf unseren Aufruf im Wissenschaftsbereich hat uns selbst erstaunt. Mein Kollege Fabian Kessl von der Universität Duisburg-Essen und ich haben das Papier entworfen. Wir waren enttäuscht von dem Schlichterspruch nach dem Kita-Streik und beeindruckt, dass ihn die Beschäftigten abgelehnt haben (s. E&W 9/2015, S. 21 ff.). Jetzt geht es in die nächste Runde. Mit unserem Appell wollen wir den Erzieherinnen und Erziehern den Rücken stärken. Dass so viele Kolleginnen und Kollegen aus der Erziehungswissenschaft, Früh- und Sozialpädagogik mitmachen, zeigt, wie eng die Verbindungen zwischen Forschung und Praxis sind.

E&W: Was fordern Sie?

Thole: Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass die Arbeit der SuE-Beschäftigten endlich aufgewertet wird und damit mehr gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Das gilt zum einen für die Tätigkeiten von Erzieherinnen und Frühpädagoginnen in den Kitas, die derzeit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Das gilt aber genauso für die vielen anderen Fachkräfte in den Bildungs-, Sozial- und Erziehungsberufen: Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, Familienhelfer oder Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe. Insgesamt arbeiten weit mehr als 1,4 Millionen Menschen in den SuE-Arbeitsfeldern. Sie unterstützen Jugendliche, Krisen zu bewältigen, begleiten Eltern in schwierigen Lebenssituationen im Alltag, helfen dem Nachwuchs, ein selbstständiges Leben zu führen. Unsere Gesellschaft überträgt den meist weiblichen Beschäftigten damit fundamental wichtige Aufgaben und fordert höchste Qualität von ihrer Arbeit. Zu Recht erwarten diese dafür eine angemessene Bezahlung.

E&W: Was heißt angemessen?

Thole: Die Fachkräfte in den SuE-Berufen sollten zumindest nicht schlechter als beispielsweise Lehrkräfte an Grundschulen bezahlt werden. Das ist nicht zu rechtfertigen. Es reicht nicht, das Gehalt der Beschäftigten zu erhöhen, wie es der Schlichterspruch vorsieht. Wir müssen dringend die Struktur des Entlohnungssystems ändern und die SuE-Berufe ganz anders eingruppieren. Zudem: Wenn wir die Akademisierung in diesen Arbeitsbereichen ernsthaft vorantreiben wollen, kommen wir nicht daran vorbei, sie attraktiver zu gestalten. Deshalb plädieren wir dafür, in der nächsten Streikrunde die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften – die Bezahlung der SuE-Beschäftigten insgesamt neu zu bewerten – wieder zum Verhandlungsgegenstand zu machen.

E&W: Wie ließe sich denn eine neue Entgeltordnung finanzieren?

Thole: Richtig. Der Bund muss einen substanziellen materiellen Beitrag leisten. Ich bin mir sicher, dass sich hier Wege finden lassen. Das sehen wir am Beispiel der Hochschulfinanzierung, bei der sich der Bund über Querfinanzierungen wie der Exzellenzinitiative eingeklinkt hat. Warum sollten sich nicht auch für die Finanzierung der Sozial- und Erziehungsberufe gangbare Modelle finden lassen?

E&W: Welche Resonanz erhoffen Sie sich von Ihrem Apell?

Thole: Wir wollen den Druck auf die politischen Entscheider und öffentlichen Träger der Einrichtungen erhöhen. Wir hoffen, dass unsere Initiative dazu beiträgt, dass der Wert der Arbeit der Beschäftigten in den SuE-Berufen endlich anerkannt – und fair bezahlt wird.

Anja Dilk,
freie Journalistin

***Den Appell der Wissenschaftler finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew-ego.de.**

In eigener Sache: aktuelle Infos zur SuE-Tarifrunde auf der GEW-Website

Für den 28./29. September hatten Gewerkschaften und Arbeitgeber eine neue Verhandlungsrunde vereinbart. Dieser Termin fand nach Drucklegung der E&W statt, so dass eine Berichterstattung nicht möglich war. Die GEW hat über die Verhandlungen und die Ergebnisse jedoch tagesaktuell auf ihrer Website unter www.gew-ego.de. ur

Verdacht auf Untreue

// In der Kasse der Deutschen Schule in Istanbul soll eine siebenstellige Geldsumme fehlen. Die türkische Justiz ermittelt wegen des Verdachts der Veruntreuung. Das 1868 gegründete Institut gilt als eine der besten Schulen in der Türkei. //



Foto: dpa

Deutsche Schule Istanbul: Viel Geld fehlt in der Kasse.

Laut Stellungnahme der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen* fehlen in der Kasse der Deutschen Schule in Istanbul 1 922 047 Euro sowie 2 155 246 Türkische Lira**. Dabei handelt es sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand ausschließlich um Schulgebühren, die Eltern gezahlt haben. Öffentliche Mittel im Rahmen der Förderung für deutsche Auslandsschulen seien nach aktuellem Stand nicht betroffen. Laut Auswärtigem Amt (AA) haben das Generalkonsulat in Istanbul und die Schule nach Bekanntwerden des Vorfalls Strafanzeige erstattet. Im Juni war öffentlich geworden, dass die türkischen Behörden wegen der möglichen Veruntreuung eines Millionenbetrags an der Deutschen Schule ermitteln. Die Schule hat Schadenersatzklage erhoben. Das AA hat eine Sonderinspektion eingesetzt. Sie soll die Vorfälle aufklären, soweit sie mit öffentlichen Geldern aus Deutschland in Zusammenhang stehen.

Deutsche Steuerzahler fördern die deutschen Auslandsschulen mit viel Geld. Diese ermöglichen Bildung „Made in Germany“ in etwa 70 Ländern. Der Bund stellte dafür 2014 laut AA mehr als 220 Millionen Euro bereit. Dass die 140 deutschen Auslandsschulen die Steuergelder korrekt verwenden, überprüft die Zentralstelle für das Auslandschulwesen (ZfA) in Bonn. In Istanbul beschränkt sich das Auswärtige Amt eigenen Angaben zufolge darauf, die Lehrkräfte zu bezahlen: Die Schule verfüge über ausreichend Eigenmittel und erhalte deshalb keine Schulbeihilfe. Den größten Teil des Budgets erwirtschaften die Schulen dem Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA) zufolge eigenständig: Schulgebühren und Spenden machen im Schnitt 70 Prozent ihrer Haushalte aus.

An der 1868 gegründeten Deutschen Schule in Istanbul kostet ein Platz im Schuljahr 2015/2016 laut eigener Website 11 800 Euro. Bei zirka 830 Schülerinnen und Schülern (660 türkischen, 170 ausländischen) kommt da schnell ein stolzer Millionenbetrag zusammen. Nach Auskunft der Bundesregierung sei die Möglichkeit, Schulgelder bar gegen Erhalt einer Quittung zu bezahlen, gängige Praxis und dem Konsulat bekannt gewesen. Die Entscheidung über die Bareinzahlung habe allein der Schulverein getroffen.

Unregelmäßigkeiten

Wie die meisten Auslandsschulen wird auch jene in Istanbul in privater Trägerschaft geführt: Träger des „Alman Lisesi“ ist der „Verein zum Betrieb der Deutschen Schule Istanbul“. Der Schulverein verantwortet den Unterricht nach türkischem Recht. Der Vorstand der Schule wird vom Trägerverein gewählt. Ihm gehören der Stellungnahme der Bundesregierung zufolge auch Diplomaten des deutschen Generalkonsulats an.

Das Generalkonsulat in Istanbul hat dem AA zufolge erstmals im Mai 2013 „konkret Kenntnis“ von Unregelmäßigkeiten erhalten. Damals war der Vorsitzende des Schulvereins zurückgetreten. Daraufhin wählten die Mitglieder einen neuen erweiterten Vorstand. Vertreter des Generalkonsulats im Vorstand des Trägervereins sind laut AA nicht unter den Verdächtigen. Deutschland hat das aus dem 19. Jahrhundert stammende Gebäude – Gelände und Gebäude gehören der Bundesrepublik – in den vergangenen Jahren für 3,2 Millionen Euro erdbebensicher machen lassen. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurde der Einsatz der Gelder überprüft: „Anhaltspunkte für eine zweckwidrige Verwendung der Mittel haben sich dabei nicht ergeben.“

Inzwischen hat der Trägerverein der Schule nach Auskunft des AA Vorkehrungen getroffen, um in Zukunft finanzielle Unregelmäßigkeiten auszuschließen. Basierend auf einer neuen

Leistungs- und Fördervereinbarung seien Buchhaltung und Rechnungslegung komplett überarbeitet worden, hieß es. Mit Inkrafttreten des Auslandsschulgesetzes (ASchulG) 2014 müsse zudem die korrekte Verwendung der Fördergelder künftig jährlich durch das Testat eines Wirtschaftsprüfers bestätigt werden. Bis 2016 solle außerdem der Schulverein auf 100 Mitglieder erweitert werden.

Der WDA weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Schulen im Allgemeinen vorbildlich geführt würden. Ohne das Engagement freier Träger, betont Geschäftsführer Thilo Klingebiel, wäre das Auslandsschulwesen nicht möglich: „Viele ehrenamtliche Schulvorstände sind selbstständige Unternehmer oder Manager namhafter deutscher und einheimischer Firmen." Sie stünden für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auch haftungsrechtlich in der Verantwortung. Die Vorkommnisse in Istanbul zu kommentieren, lehnt der WDA angesichts des laufenden Verfahrens ab. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die deutsche Schule in Istanbul für ihre pädagogische Arbeit das Gütesiegel „Exzellente Deutsche Auslandsschule" erhalten habe.

Vorsicht geboten

Angesichts des schwebenden Verfahrens rät Franz Dwertmann, Sprecher der „Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer" (AGAL) der GEW dazu, die Vorwürfe zurückhaltend zu beurteilen: „Wir sollten darauf achten, dass mit den Vorfällen an der Deutschen Schule in Istanbul nicht generell Politik gegen die Auslandsschulen gemacht wird." Dwertmann erinnert an die große Tradition der Einrichtung, die noch vor dem Deutschen Reich gegründet worden und eine wichtige Schule für Minderheiten, Juden, Griechen, Armenier gewesen sei. Sie habe schon vor 110 Jahren das Recht bekommen, die Reifeprüfung abzunehmen.

Norbert Glaser,
freier Journalist

***Bericht über die Veruntreuung von Mitteln an der Deutschen Schule in Istanbul – Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Omid Nouripour, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juli 2015, Drucksache 18/5540, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/055/1805540.pdf.**

****2 155 246 Türkische Lira entsprechen zum Tageskurs vom 16. September 2015 gerundet 637 000 Euro.**

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKRANKENHAUS FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Ängste
Chronische Schmerzen
Traumafolgestörungen
* Hochfrequente Therapie
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
88339 Bad Waldsee
0 75 24 . 990 - 222
akutklinik.de

Ihre Anzeige in der E&W rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter www.dkms.de.
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

www.schulorganisation.com
FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
Schultaschen
Bester Preis, beste Qualität
• verschiedene Materialien
• hochwertig verarbeitet
• große Auswahl
ab 69,90 €
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de


Lösung
2 ZARB 4 IST
3 EINFACH 1 GENIAL
Z A R B Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

Mit Hand und Verstand!


Lesefreude für Ihren Unterricht
• spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
• senso-motorische Lernerlebnisse
• verständnisorientiertes Lernen
• Online-Unterrichtshilfen und Videos
Lernen + Lehren mit HAHN
Besuchen Sie jetzt www.lesefreude.net

„Bildungssprache“

(E&W 3/2015, Seite 46: Leserbrief „Insel der Glückseligen“ zum Schwerpunkt E&W 1/2015 „Junge Flüchtlinge in Deutschland“)



Stimmt, diese Situation ist neu. Stimmt, wir Lehrkräfte werden bisher wenig von offizieller Stelle unterstützt. Das ist umso skandalöser, als vier Jahrgänge Lehramtsstudierender das Kompaktstudium „Interkulturelle Pädagogik – Schwerpunkt Sprachförderung“ (sic!) durchlaufen haben. Dieses Studium hat das Land Baden-Württemberg bezahlt und den Mehraufwand mit Deputatsermäßigungen gratifiziert. Als Gegenleistung unterschrieben alle, die das Kompaktstudium absolviert hatten, für Fortbildungen, Beratungen und konzeptionelle Arbeit zur Verfügung zu stehen. Doch das hängt davon ab, ob die zuständigen (Ober)Schulämter dies gestatten.

Was nicht stimmt: Wir sind als Lehrkräfte ausgebildet, jungen Menschen, die Zuflucht suchen, Deutsch „beizubringen“. Aber auch die Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien, die eine fächerspezifische Ausbildung haben, sind dazu verpflichtet.

Durchgängige Sprachförderung wird deshalb unter dem Stichwort „Bildungssprache“ seit mindestens einem Jahr wieder an baden-württembergischen Schulen diskutiert. Und das Kultusministerium signalisiert den Schulen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, beispielsweise Klassen zu teilen, besondere Lerngruppen zu bilden, etwa für Alphabetisierung, Quereinsteiger einzubinden sowie die Hilfe extra spezialisierter schulpsychologischer Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen.

Mechtild Spaett (per E-Mail)

„Vorwurf trifft zu“

(E&W 7-8/2015: Schwerpunkt Inklusion, E&W 9/2015: Leserbriefe zum Gastkommentar „Ende der ‚Apartheid‘“?)

Ist der Vorwurf der „Apartheid“ im Bildungssystem gerechtfertigt oder nicht? Ja, er trifft leider zu. Unser gegliedertes Schulwesen ist sozial selektiv, diskriminierend und damit tatsächlich ein „Apartheidssystem“. Die Grenzen der Diskriminierung im Bildungsbereich verlaufen eher subtiler entlang der Grenzen zwischen Reich und Arm, Oben und Unten, Schwach und Stark etc.

Alle gesellschaftlichen Systeme einer „Getrennten Entwicklung“, wie es in Südafrika euphemistisch hieß, oder die Parole in den USA „Separate but equal“, haben ein gemeinsames Credo der Apartheid internalisiert, das da heißt: „Getrennt ist besser als zusammen.“ Und: „Je früher trennen, desto besser.“ Also: Je weniger Kinder aus der Unterschicht in meiner Klasse sind, desto besser für die Leistungsstarken, je weniger behinderte Mädchen und Jungen ich unterrichte, desto besser für die anderen.

Leider hat Sigrid Arnade in ihrem Gastkommentar versäumt, noch deutlicher auf die Defizite des gesamten Schulsystems hinzuweisen, sodass der Eindruck entstehen kann, sie beziehe sich nur auf die Förderschulen. Aber das tut sie nicht. Der entscheidende Satz in Arnades Kommentar: „Denn das deutsche Schulsystem hat die Etikettierung und Aussonderung junger Menschen internalisiert.“



Ja, so ist es. Wie sonst ist zu erklären, dass die Leserbrief-Reaktionen (bisher?) nur aus dem Kreis der Förderschulen kommen? Frau Arnade hatte doch nur ein einziges Mal den Begriff Apartheid indirekt auf diese Schulform bezogen. Haben diese Leserinnen und Leser denn nicht bemerkt, dass eigentlich das ganze Schulsystem gemeint ist? Nein, haben sie vermutlich nicht.

Warum sind wir nicht alle „fassungslos und entsetzt“? Wo bleibt der Aufschrei der Hauptschul-, Realschul-, Werkrealschul-, Gymnasial-, Stadtteilschul-, Oberschul- und so weiter Schullehrkräfte gegen den Vorwurf, in einem „Apartheidssystem“ tätig zu sein? Der Protest aller, die immer noch mehrheitlich im gegliederten System unterrichten, bleibt offensichtlich aus.

Gastkommentatorin Arnade hat gesagt, warum: Wir Lehrkräfte hätten das gegliederte System so sehr „internalisiert“, dass wir gar nicht mehr bemerkten, dass wir darin leben und arbeiten. Wie kann man aber gegen etwas aufbegehren, das man gar nicht mehr spürt?

Jürgen Leonhardt, Gesamtschullehrer i. R., Mannheim

Demaskierung der Ewiggestrigen

(E&W 7-8/2015, Seite 46: Leserbrief „Links-rechts-Gelaber“)

Dieser Beitrag ist das beste Indiz für die Notwendigkeit eines Schwerpunktes „Gefahr von rechts“. Denn Alfred Schäfer wiederholt in seinem Leserbrief eine ganze Reihe rechter Positionen: Antimuslimischen Rassismus setzt er mit Kritik an Pegida-Demonstrationen gleich – und verkennt dabei, dass nicht diese Rassismus ausgesetzt sind, sondern ihn fördern. Dann konstatiert er „Hass“ gegen Nazis – und verkennt, dass gerade dem Hass der Nazis etwas entgegen gesetzt werden sollte, um ein demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen. Er fordert anschließend einen Schwerpunkt „Gefahr von links“ – und verkennt, dass Exklusionen nun mal von rechts kommen. „Begründet“ werden die Attacken gegen „Autoren-Ergüsse“ mit einem vermeintlichen Antagonismus gegenüber Menschen, „die hart arbeiten“. Die bösen Schreiberlinge als Gegner der ehrlichen, einfachen Massen. Auch das kennt man zur Genüge. Gerade weil Rassismus, Intellektuellenhass und Verharmlosung von Nazis auch in der GEW anzutreffen sind, ist das „Links-rechts-Gelaber“ alles andere als „ewiggestrig“ und „einseitig“. Vielmehr demaskiert es die Ewiggestrigen und ist damit sehr wohl anregend für Lehrkräfte, die eine menschliche Gesellschaft anstreben.

Sebastian Vaupel (per E-Mail)

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft,
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M,
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



scandtrack

Kanutour in Schweden

9 Tage Komplettpaket

z.Bsp. von Hamburg ab 309€

www.scandtrack.de

Tel. 03303-29 73 111

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59

Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Klassenfahrten Versailles

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm

versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

PRAG

Ihr Reisepartner für Klassen-, Abitur- und Studienfahrten

- abwechslungsreiches Programm
- 3-Sterne-Hotel im Zentrum
- preisgünstige Busvermietung
- zusätzliche Wunschleistungen

Skoltour, Tel. 00420 - 224 236 125

www.Hallo-Prag.de

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig

vinculum MUNDI

Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30

www.vinculum-mundi.com

Berlin-Klassenfahrten

030 / 29 77 83 0

BERLIN UNLIMITED Städtereisen International

4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab **89,00 €** p.P.

inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt

5 Tage „Grenzgänger“ ab **105,00 €** p.P.

inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie“, DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0

info@berlinunlimited.com

www.berlinunlimited.com

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen



Aller Anfang ist leicht 2016

5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00

Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.

Einer für alle – alle für einen 2016

7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00

Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen

Entdecken. Erleben. Bewegen 2016

5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00

Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.

weitere Programme und vieles mehr unter:

www.essen.jugendherberge.de

JH Rheinland

AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Einzigartig: Ihre Wünsche, Ihre Reise, Ihr Programm.



Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl. Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041 info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Skilanglaufreisen nach Skandinavien

www.die-vagabunden.de

☎ 0 52 01 - 73 47 42

Insel Rügen: 4-Sterne-Ferienwohnungen für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, exklusive Ausstattung, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289 **www.alte-tischlerei-putbus.de**

MESO Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Kanu

LAHN LOIRE MECKLENBURG MASUREN

T 02408/3196 0172/2422080 www.meso-reisen.de

Seit 1966 **Friesland Charter**

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen

Auf IJsselmeer und Binnengewässer

8 bis 60 Personen

- Klassenfahrten
- Wochenendarrangements

Familie Koopmans

De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum

Ruf 0031-566-631604

An Bord 0031-6-50681864

E-mail: info@frieslandcharter.nl

Internet: www.frieslandcharter.nl

Klipper DE HOOP****

Klassenfahrten London

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm

london@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

„Man muss Glück teilen, um es zu multiplizieren.“

Marie von Ebner-Eschenbach



SOS KINDERDÖRFER WELTWEIT

Tel.: 0800/50 30 300 (gebührenfrei)

IBAN DE22 4306 0967 2222 2000 00

BIC GENO DE M1 GLS

2015/1

www.sos-kinderdoerfer.de

S-E-T

STUDY - EXPLORE - TRAVEL

STUDIENREISEN LONDON

KLASSENFAHRTEN ENGLAND

www.s-e-t.de

Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner